

Das dritte konvivialistische Manifest

Konvivialismus oder Barbarei

Die konvivialistische Internationale
Das dritte konvivialistische Manifest

X-Texte zu Kultur und Gesellschaft

Wolfgang Hofkirchner, geb. 1953, ist außerordentlicher Universitätsprofessor im Ruhestand für Technology Assessment an der TU Wien. Er arbeitet im unabhängigen Institute for a Global Sustainable Information Society (GSIS). Zu seinen Schwerpunkten gehören Complexity Thinking, Science of Information und ICTs and Society.

Die konvivialistische Internationale

Das dritte konvivialistische Manifest

Konvivialismus oder Barbarei

Herausgegeben, übersetzt aus dem Englischen und redigiert von
Wolfgang Hofkirchner

Mit einem Nachwort von Werner Wintersteiner und Wilfried Graf

[transcript]

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz BY-NC-ND 4.0 lizenziert. Für die ausformulierten Lizenzbedingungen besuchen Sie bitte die URL <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>.

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

2026 © Die konvivialistische Internationale

transcript Verlag | Hermannstraße 26 | D-33602 Bielefeld | live@transcript-verlag.de

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus

Druckerei: Druckhaus Bechstein GmbH, Wetzlar

Korrektorat: Tristan Deutschmann

Satz: Michael Rauscher

Print-ISBN: 978-3-8376-8268-7

PDF-ISBN: 978-3-8394-7870-7

EPUB-ISBN: 978-3-7328-0022-3

<https://doi.org/10.14361/9783839478707>

Buchreihen-ISSN: 2364-6616

Buchreihen-eISSN: 2747-3775

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Vorwort zur deutschen Ausgabe

<i>Wolfgang Hofkirchner</i>	9
-----------------------------------	---

Prolog

Für eine Deklaration der generellen Interdependenz	13
--	----

Einleitung

Eine Rückschau	17
Neoliberalismus und Autoritarismus	18
Die fünf konvivialistischen Prinzipien und der Imperativ, die <i>Hybris</i> zu beherrschen	21

Die Herausforderungen der jetzigen Zeit

Der subjektive Faktor: Anerkennung	28
Die objektiven Faktoren: Klima und Ökologie, Geopolitik, Menschsein und Künstliche Intelligenz	29
Die Interdependenzen im Detail	32

I. Ökonomische und ökologische Herausforderungen:

Sorge um die Natur oder Neoliberalismus?

Was es heißt, den Planeten zu retten	33
Die Reichen besteuern, die Armen ermächtigen	36
Die Staaten entschulden	39
Den ökologischen Fußabdruck verringern	40

Die Umweltkrise angehen	40
Die Informationstechnologien sozial und ökologisch einsetzen ...	43
Schlussfolgerung	43

II. Ideologische Herausforderungen:

Einheit durch Vielfalt oder Vermischung und Trennung?

Was es heißt, einen gemeinsamen Nenner für die ganze Menschheit zu finden	45
Wissenschaft und Spiritualität verbinden	48
Schlussfolgerung	50

III. Anthropologische Herausforderungen:

Alle oder Auserwählte?

Was es heißt, ein Mensch zu sein	53
Diskriminierungen abschaffen	55
Die Entgrenzung der Maschinen stoppen, die Autonomie der Menschen stärken	59
Schlussfolgerung	63

IV. Demokratiepolitische Herausforderungen:

Demokratie oder Nationalismus?

Was es heißt, wenn das Volk regiert	65
Den Konsumismus überwinden	67
Für Freiheit, Gleichheit und Anerkennung gemeinsam kämpfen ...	69
Die unsozialen Medien zu echten sozialen Medien machen	71
Schlussfolgerung	75

V. Geopolitische Herausforderungen:

Stärke des Rechts oder das Recht der Stärkeren?

Was es heißt, ein Volk der guten Nachbarn zu sein	77
Die westliche Vorherrschaft beenden	79
Die multipolare Weltordnung mitbestimmen	83
Schlussfolgerung	86

Schluss

Eine Vorschau auf die künftige Welt	89
---	----

Epilog

Auf zum Parlament der Weltbürgerschaft!	95
---	----

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner

des Neuen konvivialistischen Manifests	99
---	----

Quellen	105
----------------------	-----

Nachwort

Zusammenleben als Zukunftsstrategie

<i>Werner Wintersteiner und Wilfried Graf</i>	109
Der Konvivialismus – ein Denkanstoß in Bewegung	109
Die vielen Herkünfte des Konvivialismus	115
Was will das <i>Neue Manifest</i> ?	120
Schwerpunkte und Streitpunkte – drei kritische Konzepte des Konvivialismus	123

Das Manifest als Instrument einer Bewegung	140
Literatur	143
Die Autoren	146

Vorwort zur deutschen Ausgabe

Wolfgang Hofkirchner

Fünf Jahre nach dem *Zweiten konvivialistischen Manifest* erschien das französische Original des neuen, *Dritten konvivialistischen Manifests* im Oktober 2025 unter dem Titel *Convivialisme ou barbarie* (Les Convivialistes 2025). Der Text war von Alain Caillé entworfen und von hunderten Kommentaren und Kritiken konvivialistischer Intellektueller begleitet worden. Über 300 Personen haben das *Neue Manifest* unterzeichnet, unter ihnen der Herausgeber und die Autoren des Nachworts aus Österreich. Wir wurden für die Veröffentlichung auf Deutsch vorgeschlagen.

Eine englische Version wurde von François Gauthier erstellt (Convivialist International 2026). Sie unterscheidet sich vom französischen Original durch die Behandlung zusätzlicher Themen, die im Kontext Sinn machen und eine Bereicherung darstellen. Deshalb haben wir uns entschlossen, die erweiterte englische Version zur Grundlage der Übersetzung zu machen. Zugleich aber haben wir das Original im Auge be-

halten und alle Anliegen, die Caillé zusammengestellt hatte, beibehalten. Im Übrigen schließen wir eng an die zentralen Begrifflichkeiten an, wie sie mit den deutschen Fassungen bereits geläufig geworden sind (Les Convivialistes 2014; Die konvivialistische Internationale 2020).

Veränderungen gegenüber der englischen oder französischen Ausgabe beziehen sich auf Aktualisierungen gegenwärtiger Entwicklungen und auf die Untermauerung und Hervorhebung des Sinnzusammenhangs. So stammen die Überschriften der Kapitel I–V und die kursiv gesetzten Einführungen in die Diskussion dieser Kapitel vom Herausgeber/Übersetzer. Sie stellen den Bezug zu jenem Prinzip des Konvivialismus her, das im jeweiligen Kapitel im Vordergrund steht. Sie rufen auf zur Überwindung einer Selbstüberschätzung gegenüber anderen wie auch anderem (»Hybris«), zur Überwindung einer Unterschätzung der Eingebundenheit in ein größeres Ganzes (»Interdependenz«) und zum Aufbau einer Wertschätzung handelnder Menschen, aber auch von Lebewesen und weiteren natürlichen Trägern von Agency (»Anerkennung«). Zur besseren Lesbarkeit wurden in diesen Kapiteln Zwischenüberschriften fortgeführt. Unter der letzten Zwischenüberschrift wird jeweils die »Schlussfolgerung« aus dem Kapitel zusammengefasst.

Außerdem wurde der letzte Teil der originalen Einleitung mit einer neuen Kapitelüberschrift versehen, und die Reihenfolge der beiden unter »Schluss« und »Epilog« vorlie-

genden Texte wurde umgedreht. Damit führt der rote Faden der Darstellung des Konvivialismus von der Vergangenheit (Einleitung) über die Gegenwart (Die Herausforderungen der jetzigen Zeit, Kapitel I–V) in die Zukunft (Schluss) – eingerahmt von der Betonung der Erkenntnis einer erweiterten Interdependenz als Ausgangspunkt (Prolog) und dem Aufruf zur Weltbürgerschaft als praktisches Ziel, um aus dieser Erkenntnis in ein Handeln zu kommen, das der Weltsituation angemessen ist (Epilog).

Das Nachwort von Werner Wintersteiner und Wilfried Graf bietet eine Kontextualisierung des *Neuen Manifests*, das sie als Instrument einer Bewegung verstehen. Bereits der Untertitel *Konvivialismus oder Barbarei* bringt die Dringlichkeit des Anliegens auf den Punkt: eine gewaltfreie Transformation der Gesellschaft. Die Autoren arbeiten den Charakter des Konvivialismus als angewandte Friedensphilosophie heraus, was die aktuelle Bedeutung des Manifests nochmals unterstreicht.

Dank für die freundliche Unterstützung unseres Vorhabens geht in alphabetischer Reihenfolge an Frank Adloff, Alain Caillé, François Gauthier, Marc Humbert und Frédéric Vandenberghe – alle von der konvivialistischen Internationale –, weiters an Karin Werner und ihre Mitarbeiterinnen vom transcript Verlag, die einen zügigen Ablauf der verlegerischen Tätigkeiten garantierten. Nicht zuletzt aber muss Werner Wintersteiner erwähnt werden, der Wolfgang Hofkirchner beim Redigieren mit Verve zur Seite stand.

Prolog

Für eine Deklaration der generellen Interdependenz

Das Ziel des *Neuen konvivialistischen Manifests* ist es nicht, ein weiteres Manifest zu den beiden schon bestehenden hinzuzufügen. Sondern es soll dazu beitragen, eine Dynamik auszulösen. Eine Dynamik des Überlebens.

Aus vielen Gründen wird die Zukunft der Menschheit auf unserem Planeten mit jedem Tag unklarer und unsicherer. Die zunehmende Konfrontation zwischen wirtschaftlichen, finanziellen, militärischen und wissenschaftlich-technischen Mächten, die Überausbeutung der Natur und die Beschleunigung der globalen Erwärmung verlangen immer dringender, einen alternativen Weg einzuschlagen, und gleichzeitig verengen sie unsere Auswahlmöglichkeiten immer mehr. All diese Faktoren tragen zu einem Zustand wachsender Barbarei in einem Kampf aller gegen alle und mit dem Planeten bei. Es ist jetzt, in den nächsten paar Jahren, an der Zeit, dass wir, Angehörige der Menschheit, ein Bewusstsein von unserem

Platz in der Welt gewinnen. Wollen wir weitermachen und immer größere Macht anhäufen, mit der wir eine immer größere Barbarei entstehen lassen? Wollen wir ein wachsendes Risiko eingehen, dass eine Mehrheit der Menschen untergeht und nur eine ultrareiche Minderheit die Chance auf Überleben hat? Oder wollen wir uns bereit und fähig zeigen, das Machtstreben zu zügeln und es in den Dienst des Gemeinwohls zu stellen?

Wie kann die Menschheit ein Bewusstsein ihrer selbst entwickeln? Sicherlich nicht durch das Aufsummieren der Stimmen und Meinungen der einzelnen Individuen. Unser Vorschlag lautet, einige der bekanntesten und daher einflussreichsten intellektuellen, moralischen, wissenschaftlichen und religiösen Persönlichkeiten zusammenzubringen, welche die Traditionen, die den verschiedenen Kulturräumen der Welt zu eigen sind, und zugleich den langen Fortschritt des menschlichen Denkens repräsentieren. Jede von ihnen kann als Hüterin und Ergebnis einer jahrhundertelangen Reflexion angesehen werden. Einer Reflexion über die Mittel, Gewalt zu verhindern, den Kampf aller gegen alle zu vermeiden und die Zerstörung des Planeten zu beenden.

Es stimmt zwar, dass Worte schwach sind gegenüber Waffen und gute Absichten nicht ausreichen. Aber wenn es diese Persönlichkeiten schaffen, sich auf einen gemeinsamen Nenner darüber zu einigen, welche Bestrebungen und Unternehmungen der Menschen zu fördern sind, aber auch,

von welchen sie abgehalten werden sollten, dann könnte das eine Welle auslösen, die sich unwiderstehlich weltweit fortpflanzt. Sie würde schlagartig die gegenseitige Abhängigkeit aller Menschen, aller Gesellschaften und der ganzen Natur voneinander erhellen – eine generelle Interdependenz, welche die Grundbedingung des Lebens auf der Erde darstellt.

Wer sollte diese Persönlichkeiten auserwählen und nach welchen Kriterien? Es gibt *a priori* keine gute Antwort auf diese Frage. Alles, was im Moment getan werden kann, ist, diejenigen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Netzwerke, die am Gemeinwohl der Menschheit arbeiten, einzuladen, sich der Bewegung anzuschließen. Jede und jeder würde eine eigene Vorstellung davon entwickeln und vertreten, was erlaubt ist und was nicht, wenn wir wollen, dass die Menschheit eine Zukunft hat und, wenn möglich, eine lebenswerte Zukunft. Die an der Bewegung beteiligten Gruppen würden Arbeitsunterlagen zur Vorbereitung für weltweite konvivialistische Zusammenkünfte mit den Persönlichkeiten erstellen, für Treffen, die zu einer *Deklaration der generellen Interdependenz* führen könnten. Diese könnte der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* zur Seite gestellt werden. Sie würde die neuen Herausforderungen adressieren, mit denen wir heute konfrontiert werden.

Wir unsererseits betrachten dieses *Neue konvivialistische Manifest* als eines dieser Arbeitsdokumente, das in einen Dialog mit anderen Dokumenten dieser Art treten soll.

Denjenigen, die sich darüber Sorgen machen, die Diskussion über die moralischen Normen der Menschheit einer Handvoll ›Weisen‹ anzuvertrauen, möchten wir antworten, dass diese nur die allgemeinen Grundsätze und einige ihrer Implikationen formulieren sollen. Sobald die allgemeinen Grundsätze festgelegt sind, können alle konkreten Entscheidungen nur von ›gewöhnlichen‹ Menschen guten Willens getroffen werden.

Einleitung

Eine Rückschau

Die Bewegung der Konvivialistinnen und Konvivialisten wurde vor mehr als einem Jahrzehnt ins Leben gerufen, um den Herausforderungen zu begegnen, denen die eingefahrenen modernen politischen Philosophien – Liberalismus, Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus – nicht mehr gewachsen waren. Wir brauchen eine neue philosophische Basis. Deshalb geht es beim Konvivalismus um Grundprinzipien, im Kern um die Kunst des Zusammenlebens, die Fähigkeit, zugleich mit anderen da zu sein, gut und erfolgreich zu leben und auch miteinander zu streiten, ohne sich aber gegenseitig zugrunde zu richten. Grundsätzlich ist das etwas, das alle Religionen und philosophischen Systeme in der Welt versucht haben. Die immer größere Verwirrung, in der wir uns heute befinden, ist zum größten Teil der Tatsache geschuldet, dass wir nicht länger wissen, welchen Denksystemen wir uns zuwenden sollen und aus welchem Reservoir wir Sinn schöpfen können. Die politischen Ideologien der

westlichen Moderne sind nicht tot, aber sie erweisen sich als zu erschöpft, um unsere Gegenwart erklären zu können, ganz zu schweigen von der Zukunft. Auch tendieren sie zur Geringschätzung nicht-westlicher Traditionen und versagen dabei, die Endlichkeit der planetaren Ressourcen in Betracht zu ziehen.

Neoliberalismus und Autoritarismus

Auf Basis der Überholtheit der großen Ideologien gedeiht der Neoliberalismus, das Postulat, dass unendliches Wirtschaftswachstum die einzige Lösung der Weltprobleme sei. Er präsentiert sich als Standardantwort auf alle Fragen. Eine vereinfachende Antwort, die jedoch auf den ersten Blick plausibel erscheint. Er gründet sich auf zwei Axiome:

- Gier ist gut.
- So etwas wie die Gesellschaft gibt es nicht. Es gibt nur Individuen, die von Gier getrieben werden.

Diese zwei Axiome sind falsch und schädlich. Sie können nur zum Zusammenbruch aller sozialen Bindungen führen, zum Kampf aller gegen alle, zum allgemeinen Streben nach Allmacht und zur unumkehrbaren Zerstörung der Umwelt. In der Anwendung kanalisiert der Neoliberalismus ökonomische Ressourcen und Macht zu einer abgekoppelten Finanzelite und

ihrer Klientel, unterminiert Demokratie, erzeugt Ungleichheiten und provoziert steigende Unsicherheit, Umweltzerstörung und Massenmigration. Weiters führt er zunehmend zu starken Gegenreaktionen, die aber die wahren Ursachen des Chaos verfehlen. Im Gefühl der Trostlosigkeit, hervorgerufen durch den Verlust der sozialen Bindungen und die Verschlechterung der ökonomischen Situation der Mehrheit, scheinen die Wiederbelebung von Nationalismus und Rassismus, die Propagierung männlicher Überlegenheit (Maskulismus) und Fundamentalismus die einzige Abhilfe zu sein: »Da die Gesellschaft zerfällt und unsere Lebensgrundlagen gefährdet sind, so lasst uns unsere Nation so stark wie möglich machen; lasst uns unsere Gesellschaft neu aufbauen, aber nur für diejenigen, die unsere Hautfarbe, unsere Religion und unser nationales Erbe teilen; und vertrauen wir unsere Zukunft einem autoritären Führer an, der uns vor all jenen schützen kann, die nicht so sind und nicht so denken wie wir«.

Rund um die Welt wiederholt sich das Szenario in einem schwindelerregenden Crescendo. Die verheerenden Auswirkungen des Zusammentreffens der Hegemonie, also der führenden Rolle einer neoliberalen bzw. libertären Ideologie, mit der Vormacht eines spekulativen Finanzkapitalismus bringen den Aufstieg autoritärer Führer zur Macht hervor, Hand in Hand mit einer Schicht ultrareicher *Tech Bros* (der Begriff ist im angloamerikanischen Slang eine Verschmelzung von »Bruder« und »Programmierer«, auch synonym zum Be-

griff des *Brogrammer*, und kann als kritische Bezeichnung der maskulinen Kultur der Tech-Milliardäre des Silicon Valley gelten), die den Weg der ökonomischen und ökologischen Deregulierung weitergehen wollen bis zur Demolierung des Sozialstaats und zum Boykott der grünen Transformation. Das Paradoxon ist nur scheinbar. Zwar tragen diese Führer *objektiv* gesehen zum Rückgang des Lebensstandards der Mehrheit (kurz- oder mittelfristig) bei, aber *subjektiv* geben sie ihr mehr Sinn und Gründe zum Leben und zur Hoffnung. Die Wählerinnen und Wähler beklagen die Auswirkungen ihrer Politik (die sie anderen zuschreiben), aber sie schätzen die imaginären Heilmittel, die sie empfehlen, um an die Macht zu kommen. Immer mehr Gesellschaften tappen in die Falle dieses Teufelskreises, in der alle Werte von Wahrheit, Menschlichkeit und Gerechtigkeit dem Zusammenbruch ausgesetzt sind. Immer mehr Menschen handeln nach dem Motto: »Ich muss mich nicht darum kümmern, was wahr ist, was Fakt und was Fake ist, was legal und was illegal ist, solange ich mich im Schatten des starken Mannes groß und mächtig fühlen kann.«

Das Ziel des Konvivialismus ist es, einen möglichen Ausweg aus dieser Sackgasse aufzuzeigen, indem er einige Grundsätze für das Zusammenleben vorschlägt, auf die sich die Mehrheit der Menschen über die Vielfalt der Kulturen hinweg einigen kann.

Die fünf konvivialistischen Prinzipien und der Imperativ, die *Hybris* zu beherrschen

Die Zeiten von *one-size-fits-all*-universellen Lösungen, designt im Westen, sind vorüber. Es ist Zeit, etwaige verallgemeinerbare Prinzipien auszuprobieren, die von den Fidschis bis zur Arktis und von Lateinamerika bis nach Südostasien richtig klingen. Die Rückmeldungen, die wir auf die ersten zwei *konvivialistischen Manifeste* bekommen haben, geben uns Grund zur Annahme, dass unsere fünf Prinzipien genau das sind: universalisierbar – d. h., dass sie möglicherweise fast schon überall auf dem Planeten kulturell erworben wurden. Das *Erste Manifest* mit dem Untertitel *Deklaration der Interdependenz* (Les Convivialistes 2014) erregte das Interesse wichtiger chinesischer, japanischer und koreanischer Philosophen. Das *Zweite Manifest* (Die konvivialistische Internationale 2020) wurde von fast dreihundert Intellektuellen mit verschiedenen ideologischen und politischen Hintergründen aus dreiunddreißig Ländern mitunterzeichnet. Beide Manifeste sind in ein Dutzend Sprachen übersetzt worden.

Nach vielen Diskussionen haben sich die Personen, die sich mit dem Konvivialismus identifizieren, auf fünf Prinzipien und einen »kategorischen Imperativ« geeinigt, die jede menschliche Gesellschaft unbedingt einhalten muss, die sich als lebenswert und damit als nachhaltig verstehen will.

Einer der großen wissenschaftlichen Fortschritte war die Entdeckung der *Interdependenz von allem*, vom Mikroskopischen zum Makroskopischen, vom Stein bis zum Lebendigen. Eines der großen Erkenntnisse unserer globalisierten Welt ist, dass wir Menschen die Interdependenzen jetzt tatsächlich spüren können. Denken wir an Covid-19 und wie sich das Virus innerhalb von Wochen von einem Markt in China zu den entferntesten Plätzen in Afrika verbreitete. Jede und jeder Einzelne von uns, jede einzelne Gesellschaft, jedes Lebewesen und jedes natürliche Ding in unserer Welt sind miteinander verbunden. Wir alle haben eine gegenseitige Verantwortung. Unsere Fähigkeit zu überleben, ganz zu schweigen von der Fähigkeit, ein Gutes Leben zu leben (wie das lateinamerikanische *Buen Vivir* groß geschrieben werden kann), hängt ab von unserem Vermögen, über alle Ebenen unserer gegenseitigen Abhängigkeit hinweg Harmonie aufzubauen.

Hier sind die fünf Prinzipien des Konvivialismus:

- *Prinzip der gemeinsamen Natürlichkeit:* Menschen leben nicht außerhalb der Natur. Wie alle Lebewesen sind sie ein Teil davon und stehen in Wechselbeziehung zu ihr. Sie haben die Verantwortung, sich um sie zu kümmern. Wenn sie sie nicht respektieren, gefährden sie ihr physisches und ethisches Überleben.
- *Prinzip der gemeinsamen Menschheit:* Unabhängig von den Unterschieden der Hautfarbe, der Nationalität, der Spra-

che, der Kultur, der Religion oder des Reichtums, des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung gibt es nur eine Menschheit, vielfältig und pluralistisch, die in der Person jedes ihrer Mitglieder geachtet werden muss.

- *Prinzip der gemeinsamen Sozialität:* Menschen sind soziale Wesen, deren größter Reichtum in den konkreten Beziehungen besteht, die sie im Rahmen von Vereinigungen, Gesellschaften oder Gemeinschaften unterschiedlicher Art und Größe zueinander unterhalten.
- *Prinzip der legitimen Individuation:* Im Sinne dieser drei ersten Prinzipien ist eine Politik dann vertretbar, wenn sie es den Einzelnen ermöglicht, ihre besondere Individualität zu entwickeln, indem sie ihre Fähigkeiten und ihr Handlungsvermögen mit und für die anderen entfalten, mit der Perspektive einer gleichen Freiheit für alle. Im Gegensatz zum Individualismus (jede und jeder für sich) erkennt das Prinzip der Individuation nur denjenigen Menschen einen berechtigten Wert zu, die ihre Einzigartigkeit unter Achtung ihrer Interdependenz mit anderen und mit der Natur leben.
- *Prinzip des schöpferischen Konflikts:* Weil jede und jeder Einzelne berufen ist, ihre bzw. seine besondere Individualität zum Ausdruck zu bringen, ist es normal, dass die Menschen in Widerspruch zu einander geraten. Dies ist jedoch nur so lange angezeigt, wie dadurch der Rahmen der *gemeinsamen Menschheit*, der *gemeinsamen Sozialität*

und der *gemeinsamen Natürlichkeit* nicht gefährdet wird, der die Rivalität fruchtbar und nicht destruktiv macht.

Zu diesen fünf Prinzipien kommt ein übergreifender Imperativ dazu:

- *Imperativ, die Hybris* (Hochmut, Anmaßung, Selbstüberhebung) *zu beherrschen*: Die erste Voraussetzung dafür, dass Rivalität dem Gemeinwohl dient und nicht zu Barbarei und Brutalität führt, besteht darin, sicherzustellen, dass sie dem Wunsch nach Allmacht, der Maßlosigkeit und der *Hybris* entgeht. Dann wird sie zu einem Wettstreit um bessere Zusammenarbeit. Mit anderen Worten: Der Versuch, der Beste zu sein, ist höchst erstrebenswert, wenn es darum geht, sich im Rahmen der eigenen Möglichkeiten in Sachen Kreativität und Befriedigung der Bedürfnisse anderer und der eigenen auszuzeichnen.

Erst allmählich erkannten wir Konvivialistinnen und Konvivialisten, dass die im *Ersten Manifest* enthaltenen vier Prinzipien das Kernstück jeder der vier großen westlichen modernen politischen Ideologien zum Ausdruck brachten.

- *Das Prinzip der gemeinsamen Menschheit* kann als etwas betrachtet werden, das sich vom *Kommunismus* herleitet.

- *Das Prinzip der gemeinsamen Sozialität* kann als Schwerpunkt des Sozialismus wahrgenommen werden.
- *Das Prinzip der legitimen Individuation* kann als vom Anarchismus herkommend erachtet werden.
- *Das Prinzip des schöpferischen Konflikts* kann als eines, das vom (politischen, ökonomischen und kulturellen) Liberalismus abgeleitet ist, angesehen werden.
- Das im Zweiten Manifest an erster Stelle hinzugefügte Prinzip *der gemeinsamen Natürlichkeit* fasst das Kernanliegen des Umweltschutzes und der politischen Ökologie zusammen. Eine der Kritiken an der Umweltbewegung bestand darin, dass diese sich zu sehr auf ökologische Fragen konzentrierte. Es gelinge ihr nicht, sich zu einer tragfähigen und vollwertigen politischen Bewegung zu entwickeln. Sie tendiere dazu, das soziale und individuelle Wohlergehen wie die Sorgen um das »Ende des Monats« in einem Katastrophismus vom »Ende der Welt« und einer aufgezwungenen asketischen Lebensweise zu opfern – eine Terminologie, die auf die französischen Gelbwesten zurückgeht (Michael 2019). Wir glauben, dass der Konvivialismus diesen Widerspruch auflöst.

Der Imperativ, die *Hybris* zu beherrschen, ist in Wirklichkeit ein Metaprinzip, das Prinzip aller Prinzipien. Es durchdringt alle anderen und muss ihnen als Regulativ und Leitplanke dienen. Denn jedes Prinzip, das bis zum Extrem getrieben und nicht durch die anderen abgemildert wird, läuft Gefahr,

sich in sein Gegenteil zu verkehren. *Die Liebe zur Natur* wird zum Hass auf die Menschheit. *Die Liebe zur abstrakten Menschheit* wird zum Hass auf unvollkommene und unvernünftige konkrete Menschen. Die *gemeinsame Sozialität* wird zu Korporatismus, Günstlingswirtschaft, ausschließendem Nationalismus, abgeschottetem Kommunitarismus oder Rassismus. *Legitime Individuation* wird zu Narzissmus, zu Gleichgültigkeit gegenüber anderen oder zu libertärem Anarcho-Kapitalismus. *Schöpferischer Konflikt* wird zur Schlacht der Egos, zum Narzissmus der kleinen Differenzen und zu zerstörerischen Auseinandersetzungen. Dieser Imperativ kann daher als »kategorisch« bezeichnet werden. Er balanciert die zwei Seiten der Menschheit aus, die in allen Menschen existieren – die vernünftige Seite des *Homo sapiens* und die unvernünftige Seite, die der kürzlich verstorbene Philosoph und Soziologe Edgar Morin, Mitinitiator der konvivialistischen Bewegung, schon 1974 *Homo demens* genannt hat (Morin 1974).

Es gibt heute eine Unzahl an Beispielen von unbegrenztem Exzess, einer allgegenwärtigen *Hybris*, die eine verstärkte Beachtung all dieser Grundprinzipien nahelegen. Eine Welt solcher Exzesse – insbesondere bei der Ansammlung von Macht und Reichtum – ist nicht nachhaltig. Es ist durchaus zu verstehen, dass die alten Griechen und Römer sich vorstellten, dass diejenigen, die sich für allmächtig halten, auf schreckliche Weise von der Nemesis, der rächenden Gerechtigkeit, getroffen werden.

Die Herausforderungen der jetzigen Zeit

Was ist nun neu im *Neuen konvivialistischen Manifest*? Es ist eine konkretere Antwort auf die rasante, ambivalente Entwicklung unserer Gesellschaften, der menschlichen Beziehungen, ihrer Eingebundenheit in die natürlichen Prozesse auf unserem Planeten und ihrer Vermittlung durch technische Werkzeuge. In immer kürzeren Zeiträumen treten neben positiven Veränderungen verstärkt bestehende oder sprunghaft entstehende Verwerfungen auf, welche die existenziellen Bedrohungen der Menschheit verschärfen. Es ist unsere dringendste Aufgabe, das Erreichen kritischer Kipppunkte hintanzuhalten und wünschenswerte Entwicklungspotenziale zur Entfaltung zu bringen. Das betrifft subjektive wie objektive Faktoren.

Der subjektive Faktor: Anerkennung

Das *Zweite Manifest* war mehr als eine einfache Darlegung seiner Prinzipien. Es schlug eine ganze Reihe ökonomischer, sozialer und ökologischer Maßnahmen vor, die sich offensichtlich aus diesen Prinzipien ergaben. Nichts an den beiden vergangenen Manifesten erscheint uns überholt oder korrekturbedürftig. Sie skizzierten die Notwendigkeit und Möglichkeit radikaler Reformbestrebungen. Jede Aussage aus einer *objektiven* Perspektive bleibt gültig. Was aber nicht oder nicht genügend berücksichtigt war, war etwas Wesentliches: die *subjektive* Dimension von Individuen, aber auch von Kollektiven.

Wir sehen es deutlich. All die sich rund um die Welt häufenden Konflikte haben zweifellos eine starke materielle und objektive – z. B. ökonomische und geopolitische – Komponente. Der Kampf um den Zugang zu natürlichen Ressourcen, zu Mineralien, Land, Wasser und Seltenen Erden wird immer härter. Aber er geht einher mit einem erbitterten Kampf, sowohl der Individuen als auch der Kollektive, Nationen und Religionen, Geschlechter und sexuellen Orientierungen, um die Anerkennung ihres Werts, und er ist von diesem Kampf gar nicht mehr zu unterscheiden. Auch dieser Kampf der Subjektivitäten wird durch die Hegemonie des Neoliberalismus angeheizt, und er verstärkt sie im Gegenzug. Es wird nur möglich sein, sich aus dieser Hegemonie zu be-

freien, wenn wir nicht nur auf die Frage, wie die materiellen Bedürfnisse der Menschen besser befriedigt werden können, Antworten finden, sondern auch auf die Frage nach Anerkennung, insbesondere wenn diese durch ein Gefühl der Demütigung oder Abhängigkeit motiviert ist. In diesem Sinne lädt das *Neue konvivialistische Manifest* dazu ein, den Zustand der Welt und die Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, neu zu überdenken. Diese sind zahlreich und gewaltig, wir sollten das nicht unterschätzen.

Die objektiven Faktoren: Klima und Ökologie, Geopolitik, Menschsein und Künstliche Intelligenz

Nur wer Augen und Ohren verschließt, ist sich dessen noch nicht bewusst, dass die Menschheit von Katastrophen bedroht ist, deren Ausmaß weit über das hinausgeht, was in der Vergangenheit gedroht hat. Unser Überleben steht unabdingbar jetzt auf dem Spiel. Die Jugend der Welt, die unter Sinnverlust und Ökoangst leidet, spürt dies deutlich. Sie weiß nicht mehr, welche Zukunft sie sich vorstellen soll, in der sie friedlich leben, lieben, erfinden, arbeiten und sich vergnügen kann, auch wenn es immer mehr lokale, fröhliche und kreative Erfahrungen gibt. Die menschlichen Ressourcen, was Einfallsreichtum sogar in den dunkelsten Zeiten betrifft, sind dennoch eine Energiequelle, die wir brauchen und anzapfen können.

Obwohl wir einen allzu einfachen Katastrophismus zurückweisen wollen, brauchen wir dennoch einen klaren Kopf, um Diagnosen machen zu können. Wir sehen drei Haupttypen von Katastrophen heraufziehen, die alle miteinander verbunden sind:

- Die erste, am besten dokumentierte und am meisten sichtbare, ist die *Klima- und ökologische Katastrophe*.
- Die zweite ist eine mögliche *Katastrophe geopolitischer Natur*. Die Weltordnung des Kalten Kriegs ist vorbei und die Geschichte endete nicht mit einem zwanglosen globalen Triumph der vom Kapitalismus geprägten Demokratie. Sogar die Einheit des Westens wird in Frage gestellt. In der heutigen multipolaren Welt, wo mehr als ein Dutzend Staaten um den Status einer regionalen oder globalen Großmacht rivalisieren, steigen die Risiken von großen, verheerenden Konflikten ständig an.
- Die dritte mögliche Katastrophe, die diffuser und mehrdimensionaler ist, ist die *menschliche Katastrophe*, die Gefährdung dessen, was das Menschsein ausmacht. Sie zeigt sich in Elend und Armut großer Teile der Weltbevölkerung und im Verlust der Zukunftshoffnung, der Hoffnung auf individuelle Entwicklung, Gemeinschaft und einen Platz in dieser Welt. Diese Notlage treibt ganze Generationen von Jugendlichen auf die tödlichen Routen illegaler Migration in reichere Länder oder in die Arme

fundamentalistischer, jihadistischer und krimineller Organisationen. Immer mehr Menschen flüchten sich hinter Bildschirme, auf denen Gewalt und Pornografie grassieren, oder in den Konsum von Drogen. In den reicheren Ländern beeinträchtigen Bildschirm- und Mediensucht die Fähigkeiten, zu denken, zu lesen und zu schreiben.

In der Zwischenzeit sind die extrem schnellen und unregulierten Fortschritte in der Künstlichen Intelligenz (KI) zwar Anlass für Hoffnung, aber auch für große Beunruhigung. Die Idee eines rationalen, autonomen, sich seiner selbst bewussten und gut informierten Menschen war der Kern der Aufklärung und des demokratischen Ideals. Mit der Allgegenwart von Algorithmen wird sie jedoch fragwürdig.

Wir können diese Gefahren nur dann überwinden, wenn wir uns der allgemeinen Interdependenz voll bewusst sind, in der wir uns alle befinden. Diese Interdependenz gilt nicht für die Menschen allein. Unser Schicksal ist auch unauflöslich mit dem der Biosphäre verknüpft, des Lebendigen, der Natur oder von Gaia, wie auch immer es genannt werden mag. Mit ihr stehen wir in einer symbiotischen Beziehung. Doch nicht alle Menschen sind in dieser Beziehung gleichberechtigt, denn die Welt ist gespalten in Reich und Arm, Nord und Süd, in rivalisierende Staaten, in solchen mit Einfluss und den an den Rand Gedrängten und Ausgeschlossenen, in Gläubige und Ungläubige, in Mächtige und Beherrschte.

Die Interdependenzen im Detail

Es liegt an uns allen als menschlichen Wesen, Verantwortung für das eigene Schicksal zu übernehmen. Dazu müssen wir die vollen Implikationen unserer Interdependenz verstehen. Um das zu erreichen, müssen wir uns die Herausforderungen bewusst machen, denen wir begegnen. Sie sind

- ökonomisch und ökologisch (die Beziehungen zur natürlichen Umwelt betreffend),
- ideologisch (die Ideen, Weltbilder und Werte betreffend),
- anthropologisch (das Menschsein betreffend),
- demokratiepolitisch (die gesellschaftlichen Strukturen und das Handeln der Akteure betreffend) und
- geopolitisch (die inter- und transnationalen Beziehungen betreffend).

In den folgenden fünf Kapiteln gehen wir näher auf sie ein.

I. Ökonomische und ökologische Herausforderungen: Sorge um die Natur oder Neoliberalismus?

Was es heißt, den Planeten zu retten

Die Menschheit ist Produkt der natürlichen Evolution und wir sind als Lebewesen auf den Stoffwechsel mit natürlichen Systemen angewiesen. Eine gemeinsame Menschheit auf unserem Planeten hat zur Voraussetzung, dass die Natur die für unser Überleben relevanten Umweltbedingungen zur Verfügung stellen kann. Beim Eingriff in diese Systeme müssen wir beachten, ob wir deren Selbstorganisation fördern oder hemmen. Die gesamte Umwelt zeigt dann Auswirkungen, die wir bewerten und im Handeln berücksichtigen müssen.

Wirtschaftsweisen, die, wie unsere gegenwärtigen, auf dem Kapitalismus beruhen, welcher noch durch den Neoliberalismus zum Extrem getrieben wird, zerstören die Fähigkeit der Natur, unsere Lebensbedingungen zu erhalten, indem die Einzelinteressen von privilegierten Schichten auf Kosten der großen Mehrheit durchgesetzt werden.

Im Gegensatz dazu müssen wir durch eine Große Transformation der Gesellschaft dafür Sorge tragen, dass die natürlichen Kreisläufe und ihre Weiterentwicklung uns zeitgerecht mit den Bedingungen für unser Überleben und womöglich für ein immer besseres Leben versorgen können. Das heißt viel mehr als Umweltschutz. Es geht um das Ganze, um die Einheit der Produktivität der Menschen mit der Produktivität der Natur auf unserem Planeten – eine Einheit, die die Vielfalt der Beziehungen zwischen Menschen und Natur fördern muss und aus ihr hervorgeht.

Hier kommt das Prinzip der gemeinsamen Natürlichkeit zum Tragen. Eine Hybris des Anthropozentrismus, der den Menschen als Krone der Schöpfung sieht, die er nach Gutdünken ausbeuten könnte, ist fehl am Platz. Die Menschheit ist Teil der generellen Interdependenz, mit allem Natürlichen verbunden. Wir müssen allen Systemen je nach ihrer Stellung im Gesamtzusammenhang der Natur und dem Entwicklungsgrad ihrer Selbstorganisation Anerkennung zollen.

António Guterres, der scheidende Generalsekretär der Vereinten Nationen, ist der Ansicht, dass die globale Erwärmung für unsere wie für viele andere Spezies das Gleiche bedeuten könnte, was Meteoriten für die Dinosaurier waren, und dass wir aufhören sollten, russisches Roulette zu spielen. Das ist eine Bestätigung der Ökobewegung und all jener, die aufstehen und versuchen, zu retten, was vom Klima und der Biosphäre gerettet werden kann. Es gibt aber Grund zu befürch-

ten, dass ihre Kämpfe zum Scheitern verurteilt sind, wenn sie nicht von einer großangelegten ideologischen Offensive unterstützt werden, die mächtig genug ist, eine echte, positive und überzeugende Alternative zur neoliberalen Ideologie zu bieten. Mittlerweile ist diese zu einer libertären Ideologie geworden, d. h., sie fordert nur noch die Freiheit, die größtmöglichen Gewinne zu erzielen, egal wo auf der Welt und um jeden Preis. Darauf reduziert sich für sie die Demokratie.

Einen Beleg für diese Befürchtung hat US-Präsident Trumps unverhohlene Attacke auf US-Universitäten und deren wissenschaftliche Forschung geliefert. Sein Ziel ist es, die Letztere so weit wie möglich zu drosseln, um unangenehme Tatsachen zu eliminieren. So werden Projekte, die Wörter wie »Klima« oder »globale Erwärmung« enthalten, aber auch die Thematiken zu »Frauen«, »Behinderten«, »Gleichheit«, »Inklusion«, »sozialer Gerechtigkeit«, »Geschlecht«, »Diversität«, »Rassismus« und andere behandeln, nicht weiter mit öffentlichen Geldern gefördert. Das Zusammentreffen von Neoliberalismus und einem konspirativen, die männliche Überlegenheit behauptenden und kriegslüsternen Nationalismus hat zu einer gigantischen Kampagne der Leugnung der Wirklichkeit und der Konstruktion von »alternativen Realitäten« geführt. Wirklichkeit und Wahrheit werden nicht mehr toleriert. Die Grundlagen des Gemeinwohls werden untergraben.

Für viele Leute haben verständlicherweise die Sorgen über das Ende des Monats mehr Gewicht als die abstrakteren und weniger greifbaren längerfristigen Besorgnisse über das Ende der Welt. Die kurzfristigen Notlagen hindern sie daran, langfristig zu denken. Es wird daher unmöglich sein, sie davon zu überzeugen, sich dem Kampf gegen die Erderwärmung und die Umweltzerstörung anzuschließen, solange wir sie nicht davon überzeugt haben, dass sie alles zu gewinnen haben, wenn sie sich *aus dem Griff eines als Nationalismus getarnten Neoliberalismus befreien*. Die absolute Dringlichkeit besteht darin, sich nicht länger der Perversion des Marktes und seiner *Hybris* zu unterwerfen, die in höchstem Maße durch den Finanzkapitalismus verkörpert wird, der der ganzen Welt sein Gesetz aufzwingt.

Die Reichen besteuern, die Armen ermächtigen

Eine erste Reihe von leicht erreichbaren Maßnahmen, um diese Umklammerung kurzfristig zu lockern, wäre es, die unbezahlten Steuern der großen Körperschaften einzutreiben (sogar der IWF, der *Internationale Währungsfonds*, ist damit einverstanden) und eine Pauschalsteuer von 2 Prozent auf das Vermögen der an die 3000 bekannten Milliardäre einzuführen und mit einer gleichen oder niedrigeren Rate die 22,8 Millionen Personen zu besteuern, deren Nettovermögen (Privatwohnung ausgenommen) eine Million Dollar

überschreitet. Diese einfachen Maßnahmen, die geschätzte 86.000 Milliarden Dollar für die Regierungen im Jahr 2023 erbracht hätten, würden die Reichen gar nicht verspüren. Kombiniert mit einem internationalen Abkommen, das die Steuersätze der Körperschaften auf das Niveau der USA vor den 1970er Jahren zurückbringt, würden diese Maßnahmen rasch zwei- bis dreitausend Milliarden Dollar pro Jahr lukrieren (Les Convivialistes 2025: 22–23). *Ein neuer öffentlicher Wohlstand solcher Art würde weltweit für die Finanzierung der Grundaussgaben in der Bildung, in der Gesundheit, im Sozialen und im Umweltschutz ausreichen.* Nebenbei: In allen entwickelten Ländern sind die Erträge von Abgaben beim Besitz, Kauf oder Verkauf von Immobilien und von Erbschaft deutlich unter den Kosten für Polizei und Justiz, die der Gemeinschaft für den Schutz von Besitz entstehen.

In Bezug auf die ökologische Transformation ist es ungerecht, die Ärmsten der Welt, die nur wenig zur globalen Erwärmung beitragen, dazu zu drängen, ihren Konsum einzuschränken (auch wenn dies in der Praxis häufig geschieht), ohne dies zuerst von den Reichsten zu verlangen, denn diese sind für die gegenwärtige Situation verantwortlich. Im Übrigen besteht der einzige Weg, die Mehrheit der Menschen für den Umweltschutz zu mobilisieren, darin, *eine Anhebung der Kaufkraft des ärmsten Viertels der Weltpopulation zu garantieren*, die Aufrechterhaltung des Lebensstandards für die nächsten 50 Prozent sicherzustellen und das Einkommen bzw. das

Vermögen der reichsten 25 Prozent abzusenken. Um das zu erreichen, ist es von entscheidender Bedeutung, in jedem Land *in der einen oder anderen Form ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen*, dessen Höhe ein Abgleiten in bittere Armut verhindert und gleichzeitig die Tendenz, Vermögen aufs Äußerste zu steigern, einschränkt.

In dieser Perspektive müssen die heutigen Ungleichheiten auf weniger extreme Ausmaße nivelliert werden (zwei oder drei Dutzend Personen besitzen so viel wie die ärmste Hälfte der Menschheit oder vier Milliarden Personen). Der erste und sicherste Weg ist, auf die *absolute Delegitimierung dieser unbegreiflichen Diskrepanzen* durch die Weltöffentlichkeit hinzuarbeiten, und dann schlicht und einfach auf das *vollständige Verbot von Steueroasen*, die eine der beiden zentralen Triebkräfte des spekulativen Finanzkapitalismus darstellen. Es gibt kein vernünftiges oder wirtschaftliches Argument für deren Existenz. Abgesehen von dem Geld, das von multinationalen Unternehmen oder den reichsten Privatpersonen den Staaten vorenthalten wird, verwahren sie das Geld von Diktatoren und der organisierten Kriminalität. Dasselbe trifft auf Kryptowährungen zu; sie sind cloudbasierte Steueroasen mit einem enormen Stromverbrauch. Ihr Verbot würde einen großen Schritt im Kampf gegen Drogenhändler und Mafias ausmachen und damit, was dringend notwendig ist, die Moral im öffentlichen und politischen Leben aufwerten.

Die Staaten entschulden

Neben den Steueroasen ist die zweite Triebkraft des Renten- und spekulativen Finanzkapitalismus die Entmündigung der Staaten durch ihre Verschuldung. Zum Beispiel haben im Jahr 2023 die Entwicklungsländer 1400 Milliarden Dollar für die Rückzahlung ihrer Auslandsschulden aufgewendet, davon 406 Milliarden für Zinsen. Auch viele reiche Länder werden von Schulden erdrückt und können sich keine Investitionen in die Transformation zu einer grüneren Ökonomie leisten. Nach dem *Institute of International Finance* erreichte im Jahr 2025 die globale Verschuldung 348.000 Milliarden Dollar (IIF 2026). Das ist fast das Dreifache des globalen Bruttoinlandsprodukts (statista 2026). Es ist klar, dass so eine Summe an Schulden nicht zurückgezahlt werden kann. Daher scheint es notwendig, die antike Praxis des Erlassjahrs neu zu beleben, die in Mesopotamien und im alten Israel erlaubte, alle 50 Jahre alle Schulden zu erlassen (nach dem Gebot der Tora sollten die Israeliten ihren untergebenen Volksangehörigen einen vollständigen Schuldenerlass gewähren, ihnen ihr Erbland zurückgeben und Schuldklaverei aufheben). Und zunächst einmal, unter der Voraussetzung, dass die Bildungs- und Gesundheitsstandards der UNESCO eingehalten werden, *die Schulden der ärmsten Länder zu erlassen.*

Den ökologischen Fußabdruck verringern

Der Kampf gegen die globale Erwärmung wird notwendigerweise so schnell wie möglich die Ersetzung der fossilen Brennstoffe durch erneuerbare Energiequellen (Sonnen-, Meeres-, Windenergie, Erdwärme und so weiter) beinhalten. Die wichtigsten und saubersten Energiequellen sind jedoch diejenigen, die gar nicht verbraucht werden. Aus diesem Blickwinkel wäre eine der fairsten und effektivsten Lösungen, eine Rationierung in der Art einer CO₂-Karte und eines *Strompasses* einzuführen, gekoppelt mit Innovationsanreizen. Jede Person würde ein bestimmtes Kontingent an CO₂-Ausstoß und kWh-Verbrauch erhalten, abgestimmt auf die Region (z. B. städtisch oder ländlich) und andere Wohn- oder Berufsfaktoren. Überziehungen der Kontingente würden entsprechende Nachzahlungen nach sich ziehen.

Die Umweltkrise angehen

Die Klimakrise und auch die anderen ökologischen Krisen beschleunigen sich. Trotz Vereinbarungen wie dem Pariser Klima-Abkommen steigen die Emissionen weiter an, und die globale Erwärmung wird wahrscheinlich 2,5 bis 3 Grad Celsius erreichen, wenn nicht sogar mehr als 4 Grad Celsius bis zum Ende des Jahrhunderts. Die meisten Länder haben sich zur Erzielung der CO₂-Neutralität bis zum Jahr 2050 be-

kannt, was bedeutet, dass die Ozeane und Wälder alle CO₂-Emissionen absorbieren sollten bzw. mit Technologien der CO₂-Absonderung und -Speicherung gerechnet wird. Wir sind aber von diesem Ziel weit entfernt. Im Jahr 2019 stieg die Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre auf einen Wert, der in den letzten zwei Millionen Jahren nicht erreicht wurde.

Der Anteil der erneuerbaren Energien (Wasserkraft, Windkraft, Photovoltaik etc.) im globalen Energieverbrauch ist von 2012 bis 2022 von 9,5 Prozent auf gerade einmal 12,5 Prozent angestiegen, während der Anteil der fossilen Brennstoffe von 81,1 Prozent nur auf 79,9 Prozent gesunken ist. Denn der gesamte Energieverbrauch stieg in dieser Periode um 16 Prozent, und 2023 wurden mehr fossile Energieträger verbrannt als je zuvor (Erneuerbare Energie 2025).

Darüber hinaus sind bereits sechs von neun »planetaren Grenzen« überschritten worden: die globale Erwärmung, der Verlust der Intaktheit der Biosphäre (die Rede ist vom sechsten Massenaussterben/Artensterben), die Störung der biogeochemischen Kreisläufe (Stickstoff und Phosphor), die Veränderung der Landnutzung (mit intensiver Entwaldung), die Verschmutzung mit industriellen Substanzen (Chemikalien, Plastik) und die Verknappung von Süßwasser. Zu den einzigen noch nicht überschrittenen Grenzen zählen der (momentan hintangehaltene) Abbau der Ozonschicht, die Versauerung der Ozeane und die Aerosolbelastung der Atmosphäre (Luftverschmutzung).

Technische Lösungen über den Markt – CO₂-Handel, Verschmutzungsrechte und Geo-Engineering – sind offenkundig der Aufgabe nicht gewachsen. Lösungen müssen in drei komplementären Richtungen gesucht werden:

- *Dekarbonisierung* durch eine signifikante Erhöhung der CO₂-Preise, die schrittweise Abschaffung der Subventionen für fossile Brennstoffe und die finanzielle Unterstützung der Ärmsten und armen Länder für die ökologische Transformation.
- *Energiedemokratie und Agroökologie*: Auf- und Ausbau dezentralisierter und gemeinschaftsbasierter erneuerbarer Energiequellen, um die Kontrolle durch die Großkonzerne abzuschütteln. Allmählicher Ersatz der industrialisierten Landwirtschaft durch eine regenerative Landwirtschaft und Ernährungssouveränität.
- *Wirtschaftssysteme, die auf der Sorge um das Gemeinwohl und den sozialen Zusammenhalt beruhen* – Vorrang für das Wohlbefinden, die Begrenzung des Extraktivismus (des Raubbaus an Rohstoffen, der vor allem den Globalen Süden in weiterer Abhängigkeit hält) und des Profits.

Doch keine dieser Maßnahmen wird erreichbar sein ohne Bruch mit der neoliberalen Ideologie und dem Finanzkapitalismus.

Die Informationstechnologien sozial und ökologisch einsetzen

Ein wichtiger Schritt zur Energieeinsparung wäre, Internetbetreiber zu beschränken, die sich auf energie-intensive Datenzentren und Infrastrukturen stützen. Sie wälzen untragbare versteckte Kosten auf den Planeten ab und nehmen einen immer größeren Teil der kulturellen und sozialen Lebenszeit in Anspruch. Berücksichtigen wir ihre ökonomische und politische Macht sowie die Undurchschaubarkeit ihrer Algorithmen und wie diese die Schaffung eines neutralen öffentlichen Raums unterminieren, dann ist es unbedingt notwendig, robuste Regulierungen durchzusetzen, bevor ihr Einfluss auf unsere demokratischen Institutionen, Prozesse und Kulturen eindeutig zu unseren Ungunsten kippt. Es ist unerlässlich, dass diese Giganten *die sozialen und fiskalischen Verpflichtungen entsprechend den Gewinnen übernehmen*, die sie aus ihren Dienstleistungen und dem Verhalten der Konsumentinnen und Konsumenten ziehen.

Schlussfolgerung

All diese Maßnahmen sind mehr als angemessen und ohne schädliche wirtschaftliche Einbußen realisierbar. Sie würden in keiner Weise Produktion und Handel beeinträchtigen, ganz im Gegenteil. Doch scheinen diese Maßnahmen angesichts der Welt,

wie sie ist, fast unvorstellbar, weil Staaten und Nationen, zumindest im Westen und Süden, größtenteils ihrer traditionellen Mittel zur Kontrolle der ökonomischen und finanziellen Ströme, die durch sie fließen, enteignet worden sind. Auf der gegenwärtigen Stufe der Menschheitsgeschichte ist es *nur mehr auf der Ebene einzelner Staaten oder deren Union möglich, gegen die Abspaltung der Finanzeliten (und kriminellen Netzwerke) vorzugehen*, welche den Großteil der Ressourcen des Planeten für ihren eigenen Profit zu kapern gedenken, während sie in geschützten Räumen Unterschlupf suchen möchten, um sich nicht für die Folgen ihres Raubs verantworten zu müssen.

Der Renten- und spekulative Kapitalismus hat sich im Wesentlichen von territorialen und nationalen Verankerungen befreit. Er floriert in tausenden Freihäfen, geschlossenen Enklaven, speziellen Wirtschaftszonen und Steueroasen, immun gegen alle staatlichen Interventionen. *Er ist eine Maschine, welche die Möglichkeit einer gemeinsamen Menschheit und einer gemeinsamen Sozialität zerstört. Eine gemeinsame Menschheit und eine gemeinsame Sozialität ist aber ein Muss, wenn wir der Hybris der Finanzwelt entgegenwirken wollen.*

II. Ideologische Herausforderungen: Einheit durch Vielfalt oder Vermischung und Trennung?

Was es heißt, einen gemeinsamen Nenner
für die ganze Menschheit zu finden

Eine gemeinsame Menschheit basiert auf gemeinsamen Ideen, auf die sich Menschen geeinigt haben und immer wieder einigen müssen – also Einheit durch Vielfalt. Vereinheitlichung durch Vereinfachungen solcher Ideen wird hingegen dem Potenzial ihrer Inhalte nicht gerecht. Es gibt im Wesentlichen zwei Arten von Vereinfachungen:

Die erste ist eine Gleichmacherei unterschiedlicher Ideen, ihre Vermischung miteinander durch Reduktion oder Projektion der einen auf die anderen. Im Ergebnis gibt es herrschende Ideen, die die anderen Ideen unterdrücken. Es handelt es sich um eine Einheit auf Kosten der Vielfalt. Die zweite Vereinfachung ist eine Verabsolutierung des Unterschieds zwischen den Ideen, ihre Trennung durch Isolierung voneinander. Die Ideen existieren dann einfach nebenei-

nander, ohne Bezug aufeinander. Es handelt sich um eine Vielfalt auf Kosten der Einheit.

Beide Vereinfachungen übersehen, dass in den Ideen ein gemeinsamer Nenner gefunden werden kann. Denn die Ideen sind weder vollkommen gleich noch vollkommen unterschiedlich, sondern haben etwas gemeinsam. Was sie gemeinsam haben, kann und muss durch gemeinsame Anstrengungen des menschlichen Denkens sichtbar gemacht werden, wenn ein besserer Wissensstand erreicht werden soll.

Die Einheit der Ideen wird nicht von oben oktroyiert, sondern entsteht von unten aus deren bestehender Vielfalt heraus. Und diese Einheit wirkt auf die Vielfalt zurück. Sie fördert die Weiterentwicklung der Ideen, indem sie diese in einer bestimmten Richtung stärkt und gleichzeitig in einer anderen Richtung hemmt. So kommt es zu einem stetigen Kreislauf der Einheit durch die Vielfalt.

Hier kommt das Prinzip des schöpferischen Konflikts zum Tragen. Eine Hybris der Besserwisserei ist fehl am Platz. Die Ideenvielfalt ist Teil der generellen Interdependenz des Denkens der Individuen und Kollektive, die sich gegenseitig kulturell wie wissenschaftlich befruchtet haben und weiter befruchten werden. Allen Beteiligten an diesem Menschheitsunternehmen und ihren Ideen muss Anerkennung zuteilwerden.

Kein Mensch kann leben oder gar überleben, ohne zu empfinden, dass seine Existenz einen Sinn hat. Dieser Sinn wird von der Kultur, in die wir hineingeboren werden, von Religionen, von Philosophien und, in den letzten zwei oder drei

Jahrhunderten, von den großen politischen Ideologien der Moderne offeriert: Liberalismus, Sozialismus, Anarchismus und Kommunismus. Aber diese sind nicht mehr auf der Höhe unserer Zeit.

Wir brauchen dringend eine große Erzählung, die von der Mehrheit der Menschen auf unserem Planeten geteilt werden kann. Diese Erzählung wird nicht die überlieferten Narrative und ihre unzähligen Varianten verdrängen können, aber sie sollte versuchen, *den größten gemeinsamen Nenner zu identifizieren, der in der ganzen Vielfalt aller menschlichen Kulturen aufgespürt werden kann*. Die fünf Prinzipien des Konvivialismus über das Gute Leben können durchaus für diesen gemeinsamen Nenner stehen oder zumindest für eine Version davon, mit der sich arbeiten lässt.

Allerdings entfalten sie ihre ganze Tiefe und Bedeutung nur, weil sie aus viel älteren und tief verwurzelten Denktraditionen stammen. *Das Prinzip der gemeinsamen Menschheit* hat beispielsweise lange die großen Universalreligionen des Christentums, des Mahayana-Buddhismus und des Islams angeregt. Die *Prinzipien der gemeinsamen Sozialität und der gemeinsamen Natürlichkeit* inspirieren die konfuzianische Tradition des *Gongsheng*, d. h. Symbiose und *co-living* in China (Song/Zhan 2024), *Kyosei*, das gemeinsame (*kyo*) Leben und Produzieren (*sei*) in Japan, das *Buen Vivir*, das »Gute Leben« der indigenen Völker Lateinamerikas, und *Ubuntu*, ein Menschenbild des »ich bin, weil du bist« im südlichen Afrika. Das *Prinzip*

der legitimen Individuation findet sich in Gedanken des Taoismus, des Hinayana-Buddhismus und in der hinduistischen Bewegung der Sannyasins, die dem weltlichen Leben entsagen, um so nach Erlösung (*Moksha*) zu suchen. Alle menschlichen Kulturen haben über die ganze Geschichte hinweg Varianten und Kombinationen dieser Prinzipien hervorgebracht.

Wissenschaft und Spiritualität verbinden

Die großen Religionen sind aber selbst aus älteren, allgemeineren Glaubenssystemen und Praktiken entstanden, einschließlich der Kosmologien indigener Völker, die Subjektivität nicht nur Tieren und anderen Lebewesen, sondern auch Teilen der nichtbelebten Welt zuschrieben. Diese Formen von Animismus und Anthropomorphismus (die Projektion menschlicher Eigenschaften auf nicht-menschliche Entitäten) entsprechen einer spontanen Neigung des menschlichen Geistes, den verschiedensten Dingen *Agency* zuzuschreiben und hinter Ereignissen, Vorkommnissen, Tieren und Dingen eine Absicht zu sehen. Diese tiefsitzende Neigung zur universellen Subjektivität scheint in völligem Widerspruch zur vorgeblichen Objektivität und Universalität der Wissenschaft und Technologie zu stehen, die sich mit materiellen Ursache-Wirkungszusammenhängen beschäftigen.

Und doch sind sie nicht notwendigerweise zwei unvereinbare Arten und Weisen des Universalismus, sie können

zusammengebracht werden. *Auf der einen Seite haben die Wissenschaften schon lange begonnen, die subjektive Seite der Welt zu entdecken* und nicht nur menschlichen Akteuren, sondern auch den anderen Agenten der belebten und unbelebten Natur als Produkten der Evolution die Fähigkeit, auf Grund aktiver Selbstorganisation spontan zu agieren, einzuräumen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler finden verschiedene Ausprägungen von Bewusstsein bei einer Reihe von Tieren, Säugetieren oder Insekten. Im Umweltschutz gibt es in vielen Ländern sogar schon Gesetze, die Flüssen, Gletschern oder Bergen den Status einer Rechtspersönlichkeit zuerkennen. Und *auf der anderen Seite muss eine pauschale Behauptung der Subjektivität nicht bloß pauschal bleiben*. Die Tatsachen erlauben, das Agieren der evolutionären Vielfalt der Agenten immer differenzierter zu beschreiben.

All diese Tatsachen sollten uns dazu veranlassen, die Frage des Universalismus anders zu betrachten. Warum ist das wichtig? Weil es klar ist, dass die Menschheit den gewaltigen Prüfungen, die vor ihr liegen, nicht gewachsen sein wird, wenn sie sich nicht in einer Reihe miteinander geteilter Werte wiederfindet – anders gesagt, in der einen oder anderen Form eines Universalismus. Aber wie können wir die vielfältigen Kulturen und Denktraditionen in Einklang bringen? Die beiden größten Hindernisse sind hier zum einen der Anspruch des Westens, seine eigenen Werte als die einzigen universell gültigen Werte durchzusetzen. Und zum anderen,

symmetrisch dazu, der Anspruch von Doktrinen, Ideologien oder Religionen, die ebenfalls glauben, die einzigen Träger der Wahrheit zu sein.

Die Tatsache, dass der Westen im Rahmen seiner jahrhundertelangen imperialen Herrschaft über den Planeten versucht hat, seine Vision von Demokratie mit Gewalt durchzusetzen, und dass diese Herrschaft mit Rassismus und Verachtung gegenüber den beherrschten Völkern einherging, hat ihn in den Augen eines Großteils der Menschheit immer unglaublicher gemacht. Schließlich würde selbst eine tatsächlich verwirklichte Demokratie – eine Demokratie, die die Menschenrechte, die Gerechtigkeit und das allgemeine Wahlrecht allgemein achtet – nicht ausreichen, um den Menschen ausreichende Gründe zum Leben zu geben.

Schlussfolgerung

Wir müssen daher über die politischen Ideologien des Westens hinausgehen und die großen kulturellen, religiösen und philosophischen Traditionen einbeziehen, die die Welt im Verlauf der letzten Jahrhunderte hervorgebracht hat. Jede von ihnen verkündet menschliche, existenzielle und metaphysische Wahrheiten, zu denen eine objektivistisch verkürzte Wissenschaft keinen Zugang hat. Manche behaupten, die Inhaber einer offenbaren absoluten Wahrheit zu sein. Aber es bleibt dennoch eine Tatsache, dass innerhalb jeder

religiösen Tradition das offenbarte Wort Gegenstand vielfältiger, oft widersprüchlicher Interpretationen ist, und zwar rein menschlicher Interpretationen.

Es ist nicht nötig, zwischen allen existierenden Glaubenssystemen eine Entscheidung *a priori* zu treffen, aber es ist wesentlich, friedliche Formen der Koexistenz im Namen eines Prinzips der gleichen Würde der Ideen sicherzustellen, das anerkennt, dass jedes Glaubenssystem – sofern nicht das Gegenteil bewiesen wird – etwas Wertvolles über das Menschsein, die *conditio humana*, aussagt. Niemand sollte jedoch zum Glauben gezwungen werden. In Sachen der Religion, so stellt beispielsweise der Islam fest, kann es keine Verpflichtung geben, nur Einverständnis.

Was wir also brauchen, ist eine Art von pluralem Universalismus – ein »Pluriversalismus«, der eine Einheit durch die Vielfalt ermöglicht. Er gründet auf der Annahme, dass in allen Kulturen eine bestimmte Anzahl wesentlicher Wahrheiten über die *conditio humana* formuliert wurde, allerdings in Sprachen und Begriffen, die nicht direkt ineinander übersetzbar sind. Und das umso weniger, als diese Wahrheiten im Rahmen von Gesellschaften formuliert wurden, die sich in Größe, Dichte, politischer oder religiöser Organisation unendlich unterscheiden. Was für einen Stamm von hundert Individuen in einer Regenwald-Umgebung oder in einer Siedlung von zwei- bis dreitausend Einwohnern unter halbtrockenen Bedingungen gilt, kann offensichtlich nicht auf Gesellschaft-

ten von zehn oder hunderten Millionen Menschen, wie in unseren modernen Nationalstaaten, übertragen werden und umgekehrt. Die *Prinzipien der gemeinsamen Menschheit und der gemeinsamen Sozialität* operieren auf nicht vergleichbaren Skalen. Die unterschiedliche Kombination dieser zwei Prinzipien bestimmt jeweils den Typ und den Grad der legitimen Individuation. Dennoch finden wir auf jeder dieser Ebenen dieselben Prinzipien wieder.

III. Anthropologische Herausforderungen: Alle oder Auserwählte?

Was es heißt, ein Mensch zu sein

Eine gemeinsame Menschheit ist die Einheit, die durch eine Vielfalt ihrer Mitglieder entsteht, und zwar aller Mitglieder. Sie streben alle danach, zu überleben und in Frieden ein Gutes Leben zu führen. Es ist unmenschlich, andere aus dem Kreis der Menschlichkeit ausschließen zu wollen oder sie daran zu hindern, ein Mensch zu sein, und sich selbst gleichzeitig als auserwählt zu wähnen, sei es wegen biologischer Merkmale, sei es auf Grund kultureller, politischer, wirtschaftlicher oder anderer sozialer Besonderheiten, oder sei es infolge technologischer Anwendungen. Ohne Vielfalt ist Menschsein genauso unmöglich wie ohne Einheit.

Hier kommt das Prinzip der legitimen Individuation zum Tragen. Eine Hybris des Einzelnen gegenüber den anderen ist fehl am Platz. Die Individuen sind Teil der generellen Interdependenz innerhalb der Menschheit. Kein Individuum ist

wertvoller als ein anderes Individuum. Alle Mitglieder des Systems Menschheit verdienen dieselbe Anerkennung.

Der Vielzahl von Doktrinen, Religionen und kulturellen Traditionen entspricht eine ebensolche Vielfalt an Auffassungen darüber, was Menschen sind oder sein sollten. Auch hier besteht die Herausforderung darin, sich auf eine Vision zu einigen, die ein Mindestmaß dessen beschreibt, was uns zu Menschen macht.

Der springende Punkt ist, dass in allen Gesellschaften diejenigen als wertvoll anerkannt werden, die für ihre Großzügigkeit oder ihren Erfindungsreichtum geschätzt werden (zumindest in bestimmten Bereichen und innerhalb bestimmter Grenzen), diejenigen, die geben und sich hingeben. Diejenigen, die ihren Nächsten oder Verbündeten Leben, Fruchtbarkeit, Wohltaten, Harmonie und Frieden schenken oder – solange sie noch in den Grenzen der eigenen Familie, Ethnie, Nation, Union oder Religion befangen, aber nur sporadisch bereit sind, den Wert von Menschen jenseits dieser Grenzen in gleicher Weise anzuerkennen – ihren präsumtiven Feinden Tod, Verletzungen und Leid zufügen. Es kann jedoch gelten: *Erst wer sich in vielfältige Netzwerke des Gebens (Geben, Nehmen und Zurückgeben) einbringt und seinen Platz darin einnimmt, wird als wahrhaft menschlich anerkannt* (vgl. Caillé 2008; Adloff 2018).

Diskriminierungen abschaffen

Bis vor Kurzem gab es in allen Gesellschaften die *Rollenaufteilung zwischen Geben und Nehmen vor allem zwischen Frauen und Männern* und ihren Abstammungslinien. Der jeweilige Status von Frauen und Männern – der Wert, der ihnen beigemessen wurde – variierte aber je nach Gesellschaft sehr stark. Auf Grund der Intensität und Dauer der Sorge um die Säuglinge und Kinder sind Frauen, die schon seit jeher mit dieser Aufgabe betraut waren, auch auf den häuslichen Bereich beschränkt worden. Auf diese Weise wurde ihnen im Allgemeinen ein niedrigerer Status als Männern zuerkannt, obwohl das viele Frauen nicht davon abgehalten hat, Prestige zu erlangen und den Gipfel der Macht zu erklimmen.

Im achtzehnten Jahrhundert, im Zuge der demokratischen Revolutionen in der westlichen Welt, wurde begonnen, nicht nur etablierte soziale Hierarchien, einschließlich der Geschlechterrollen in Frage zu stellen, sondern auch deren naturalisierte oder geheiligte Begründungen. Dies führte zum *Aufstieg emanzipatorischer und die Gleichberechtigung fordernder Bewegungen vom Feminismus bis zu den Bewegungen für Minderheitenrechte* wie die Rechte von Personen, die sich den Regenbogengemeinschaften namens LGBTQIA+ (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, queer, intersexuell, asexuell und weitere sexuelle und Geschlechtsidentifizierungen) verbunden fühlen. Gerade diese kulturellen Fragen stellen einen

riesigen Streitpunkt zwischen den progressivsten Randgruppen im Westen und vielen Gesellschaften im Globalen Süden dar. Sogar im Westen haben Frauen- und Minderheitenrechte zuweilen zu gewalttätigen Gegenreaktionen und zur Verteidigung exklusiv heterosexueller und patriarchalischer Modelle in erheblichen Teilen der Bevölkerung geführt. Besonders spektakulär ist in dieser Hinsicht beinahe überall in der Welt die Kluft zwischen der Einstellung der Frauen und der Männer. Kurz gesagt, strebt eine Mehrheit der jungen Frauen nach mehr Freiheit, während viele junge Männer in den traditionellen Rollen bestätigt werden wollen (oder sich diese sogar zurückwünschen). Auch hier spielt die *Ambivalenz des Neoliberalismus* eine bedeutende Rolle. Im Wesentlichen unterminiert er alle Formen der Solidarität und der sozialen Zugehörigkeit. Einerseits muss er ja zur individuellen Befreiung animieren, weil es ihm um die Zunahme an Konsumentinnen und Konsumenten geht. Aber weil er sozial nur durch die Allianz mit reaktionärsten Formen des Nationalismus akzeptabel ist, tritt er als Feind all derer auf, die die traditionellen Rollen von Weiblichkeit und Männlichkeit in Frage stellen. Der politische Diskurs des Neoliberalismus ist das exakte Gegenteil seiner wirtschaftlichen Botschaft.

Die Differenzen darüber, was eine Frau oder einen Mann ausmacht bzw. ausmachen sollte, drohen heute, eine gemeinsame Menschheit, jede gemeinsame Sozialität und jede Form friedlicher Koexistenz im globalen Maßstab zu verunmöglich-

chen. Und dennoch stehen wir vor der Aufgabe, eine gemeinsame bewohnbare Welt zusammen aufzubauen.

Dem Gegensatz zwischen den verschiedenen Vorstellungen der Beziehungen zwischen Frauen und Männern vorgelegt, finden wir eine gleichermaßen radikale Opposition zwischen zwei Visionen der menschlichen Person. Eine erste, die ganzheitliche Konzeption, betrachtet die Person als ein Bündel von Beziehungen. Das Kollektiv ist dabei wertvoller und wichtiger als jedes einzelne seiner individuellen Mitglieder. Eine zweite, die individualistische Konzeption, sieht diese Kollektive als bloß zufällige Gruppierungen von Individuen, die Pflichten und Verantwortlichkeiten zuallererst für sich selbst haben.

In manchen Gesellschaften haben die traditionellen Bindungen noch immer Bestand, und Individuen sind in ihren Beziehungen durch eine ganze Reihe von Verpflichtungen gebunden. Das stimmt sogar für den Westen bis zu einem bestimmten Grad. Es ist der Triumph der radikalen ökonomischen Theorie des Neoliberalismus, der uns glauben machen will, dass wir alle rationale (weil eigennützige) und profitorientierte Individuen sind, die nur an ihre eigenen Interessen denken, und dass dies gut so ist. Aber es ist genau diese Hegemonie des Neoliberalismus, aus der wir aussteigen müssen. Die Tatsache, dass der Neoliberalismus eine neue Kohorte libertärer Kapitalisten gezüchtet hat, die jetzt allmächtig große Technologieunternehmen leiten und viele

Formen der Brutalität (nicht nur online) ermöglichen, solange sich damit ihr Profit vergrößert, macht das zu einer noch dringlicheren Notwendigkeit.

Die Kontrolle der Frauen über ihre Fruchtbarkeit hat geholfen, die Unausweichlichkeit der Mutterschaft in eine freie Entscheidung zu verwandeln. Im Ergebnis haben die Frauen begonnen, Zugang zu einer ganzen Reihe von beruflichen Tätigkeiten und Positionen zu erlangen, die vorher Männern vorbehalten waren. Diese relativ neue anthropologische Umwälzung hat zur Relativierung des Gegensatzes von Frau und Mann beigetragen. Da sie nun weniger abhängig von den Männern sind, haben Frauen die Möglichkeit, gegen die physische und sexuelle Gewalt aufzubegehren, die ihnen ungestraft von Männern zugefügt wurde, welche die ihnen zugesprochene prinzipielle Überlegenheit dazu missbraucht haben. Es bleibt jedoch zumindest dieser wesentliche Unterschied zwischen Frauen und Männern bestehen, dass nur Frauen Kinder gebären und zur Welt bringen.

Die Schlussfolgerung, die hier gezogen werden kann, ist folgende: *Es gibt kein unwandelbares Wesen der Menschen und keine Essenz des Weiblichen und Männlichen, die immer und überall gelten würden.* Im Rahmen der allgemeinen Interdependenz sind wir alle Menschen in gemeinsamer Entwicklung – »*human co-becomings*« (Nakajima 2019). Wenn wir irgendeine Chance haben wollen, uns erfolgreich den heutigen Herausforderungen zu stellen, dann müssen wir lernen, Sicht-

weisen darüber, was es heißt, ein Mensch zu sein – egal, ob eine Frau, ein Mann oder ein Mensch welcher Geschlechtsidentität auch immer gemeint ist –, zu tolerieren, auch wenn sie sich sehr stark von unseren eigenen unterscheiden. Alle Sichtweisen sind zu respektieren, wenn sie die folgenden Leitlinien beachten:

- Sie *untersagen jede Gewalt* von Männern gegen Frauen (oder umgekehrt) und überhaupt zwischen Menschen jeder Geschlechtsidentität.
- Sie *bejahen die prinzipielle Gleichheit aller Geschlechter* und erkennen deren gleiche Grundrechte an.
- Sie *akzeptieren alle sexuellen Praktiken* im Bereich der Intimität zwischen einwilligenden Erwachsenen.

Die Entgrenzung der Maschinen stoppen, die Autonomie der Menschen stärken

Diese Belange sind extrem sensibel und komplex. Ihre Komplexität wird durch den kometenhaften Aufstieg der Künstlichen Intelligenz (KI) verdoppelt, deren Folgen noch schwierig abzuschätzen sind. Einige sind unbestreitbar positiv. KI wird unverhofften Fortschritt auf dem Gebiet der Medizin bringen und bedeutende wissenschaftliche und technische Probleme lösen helfen. Andere Folgen sind weitaus unsicherer und geben Grund zur Sorge.

So wird befürchtet, dass die Steigerung der Produktivität mit dem Einsatz von KI *großflächige Entlassungen* in bislang angesehenen Berufen zur Folge haben wird: Buchhaltung, Übersetzung, Journalismus und sogar Schriftstellerei, Malerei und Komposition. Damit ist sicherlich eine der Quellen menschlichen Stolzes bedroht, nämlich, seinen Lebensunterhalt durch Arbeit und Erfindungsreichtum zu verdienen. Abgesehen davon, dass die Freisetzung von Arbeitskräften wie bei der Mechanisierung der Handarbeit mit Umschulung und Weiterbildung kompensiert werden kann, *könnte die Befreiung von Routinearbeit bei der Mechanisierung der Kopfarbeit eine gute Nachricht sein, wenn dadurch Zeit für sinnvolle Aktivitäten frei würde.* War es nicht lange Zeit das aristokratische Ideal schlechthin, von Arbeit befreit zu sein? Aber nichts ist schlimmer, als unfreiwillig der Arbeit beraubt zu sein. Dies kann größere soziale Unruhen anheizen und politischen Extremen Vorschub leisten, die an die Maschinenstürmerei erinnern.

Eine andere Gefahr ist das Verschwinden von jeglichem Leistungswillen. Welchen Sinn macht Lernen, wenn KI immer eine Klasse besser ist, egal wie sachkundig oder kompetent der Mensch ist? Doch unser Vorteil gegenüber der vermeintlichen Allwissenheit der KI (die übrigens niemals unfehlbar ist) besteht darin, dass *die Größe der Menschen nicht in der Allmacht ihrer Vernunft liegt, sondern in ihrer Fähigkeit, ihre grundlegende Verletzlichkeit und Ohnmacht zu akzeptieren; in den*

Freuden und Leiden, die sie körperlich empfinden; in ihren Empfindungen und Gefühlen.

Was die künstlerischen Arbeiten betrifft, in denen Kreativität gefragt ist, mag die KI allenfalls zum unentbehrlichen Hilfsmittel avancieren, nicht jedoch den menschlichen Anteil ersetzen. Denn die menschliche Intelligenz kann beides – kreativ sein und nachahmen –, die KI nur das Letzte, obwohl der Anschein ein anderer ist. Nach den Entdeckungen, dass die Erde nicht das Zentrum des Universums ist (Kopernikus, Galilei), dass die Menschen von einer langen Reihe von Tieren abstammen (Darwin) und dass viele unserer Entscheidungen nicht das Resultat unseres bewussten Willens sind (Freud), scheint sich eine vierte und noch ernstere narzisstische Kränkung abzuzeichnen: Die Maschine, von der angenommen wurde, der perfekte Diener der Menschheit zu werden, nimmt immer mehr die Erscheinung eines absoluten Meisters an, allgegenwärtig, allwissend, wenn nicht allmächtig, und wohl nicht gesichert allgütig. Abgesehen davon, dass derartige Eigenschaften zuweilen mit Göttlichkeit assoziiert sind, werden hier der KI Eigenschaften zugeschrieben, nämlich Fähigkeiten zu autonomem Handeln, die von der Aufklärung richtigerweise dem Menschen zugedacht wurden und evolutionär entstanden sind. *Die KI ist nun kein Produkt der natürlichen Evolution der Selbstorganisation auf unserem Planeten, sondern ein von uns Menschen fremdorganisiertes Artefakt, dem es prinzipiell an natürlichen, geschweige denn menschlichen Eigen-*

schaften mangelt: Sie ist kein Wesen, hat kein Selbst und keinen Selbstzweck und wird so etwas auch nie entwickeln können – und damit auch keine eigene Urteilskraft oder eigene Kreativität. Der gegenteilige Eindruck entsteht nur dadurch, dass wir geneigt sind, unsere Entscheidungsmacht der Mechanik der Algorithmen anheimzugeben und das Resultat der Berechnungen anstelle unserer freien Entscheidung zu akzeptieren. Das schränkt jedenfalls unsere Autonomie ein. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Deshalb müssen wir wohlüberlegt darüber entscheiden, welche Entscheidungen wir nicht selber treffen wollen (vgl. Hofkirchner/Kreowski 2021).

Angesichts dessen soll es bald *eine neue Art Übermenschen* geben, zumindest für jene, die die Mittel dazu haben: Menschen, deren Körper mit technischen Schnittstellen ausgestattet werden, die ihnen erlauben, alle Ressourcen der KI für ihren persönlichen Vorteil nutzbar zu machen. Manche glauben sogar, dass sie ihrem Tod entkommen können, wenn ihre Denkinhalte in eine Cloud hochgeladen werden können. Wir entfernen uns dabei immer weiter von unseren Zukunftszielen einer gemeinsamen Menschheit und Sozialität. Die *Hybris* triumphiert ohne jegliche Hemmschwelle.

All diese Bedrohungen müssen ernst genommen werden. Sie stellen eindeutig unsere überlieferten Vorstellungen davon, was Menschen zu Menschen macht, in Frage. Die Antwort liegt unzweifelhaft in der Wahrnehmung der Grenzen und Widersprüche der trans- und posthumanistischen

Hybris. Welchen Sinn hat es z. B. zu versuchen, das individuelle Bewusstsein überleben zu lassen, wenn alles, was davon auf CDs gespeichert werden kann, im Vergleich mit dem Wissen der KI lächerlich ist? Und was sollen diese falschen Menschen ohne Körper überhaupt sein?

Es ist jedenfalls besser, *unsere Kinder so zu erziehen, als ob sie ohne die Hilfe von KI leben müssten*. Wir müssen ihnen beibringen, Lesen und Schreiben zu lernen, Geschichte und Mathematik, musikalische Instrumente und Sport, und sie müssen lernen, zu scheitern, genauso, wie erfolgreich zu sein. Nur so können wir auch die KI sinnvoll nutzen und vermeiden, zu Sklaven unserer digitalen Hilfsmittel zu werden. In diesem Sinne wird es bald dringend notwendig sein, über Inhalte und Vermittlungsmethoden eines gemeinsamen globalen Basiswissens nachzudenken.

Schlussfolgerung

Die genannten einfachen Regeln bezüglich einer Geschlechterdemokratie und all die Maßnahmen, die den Umgang des Menschen mit den Maschinen regeln können, sind zwingend erforderlich, sie werden aber nicht ausreichen, das menschliche Hauptproblem zu lösen, das allen anderen Problemen zugrunde liegt: *die potenzielle Grenzenlosigkeit des Begehrens*.

Die entscheidende Frage ist, welche Autorität dem Verlangen nach Allmacht, dieser *Hybris*, Grenzen auferlegen und

wie dies gehandhabt werden könnte. Zum einen wissen wir inzwischen, dass es unmöglich ist, alles zu produzieren, um Bedürfnisse in einer endlichen Welt zu befriedigen. Und es ist die Unbeschränktheit des Begehrens, welche entbehrliche Bedürfnisse hervorbringt. Gleichzeitig sind wir Zeugen einer schwindelerregenden Akkumulation von wirtschaftlicher, finanzieller, technischer, wissenschaftlicher, militärischer und digitaler Macht in den Händen einiger weniger. Dieses Streben nach Allmacht ist unkontrollierbar geworden. Je größer es wird, desto stärker gefährdet es das Überleben von Menschheit und Biodiversität. Wir müssen daher die fünf Prinzipien der gemeinsamen Natürlichkeit, Menschheit, Sozialität, der legitimen Individuation und des schöpferischen Konflikts dem *kategorischen Imperativ der Beherrschung der Hybris* unterordnen.

Es ist wichtig zu verstehen, dass die Kontrolle der Hybris nicht bedeutet, die Menschen davon abzuhalten, ein leidenschaftliches Leben zu führen und in den Tätigkeiten ihrer Wahl ihr Bestes zu geben. Es ist jedoch von entscheidender Bedeutung, dass diese Aktivitäten eine gemeinsame Menschlichkeit, eine gemeinsame Sozialität und eine kreative Auseinandersetzung fördern und nicht Herrschaft oder Ausbeutung oder Krieg.

IV. Demokratiepolitische Herausforderungen: Demokratie oder Nationalismus?

Was es heißt, wenn das Volk regiert

Eine gemeinsame Menschheit muss demokratisch organisiert sein, d. h. von unten, den Ebenen der jeweiligen Handelnden, bis nach oben, den Ebenen der jeweiligen Strukturen, sodass die Strukturen aus den Handlungen erwachsen und durch diese verändert werden können, um die Interessen der Handelnden widerzuspiegeln. Solche Strukturen sind es dann auch, die von den Handelnden getragen werden. Die Wechselbeziehung zwischen den Handelnden und den Strukturen ist von Selbstorganisation gekennzeichnet. Demokratie folgt damit wieder dem Modell der Einheit durch Vielfalt. Die Ebenen reichen heute vom Individuum über den Staat bis zu einer zukünftigen Weltgemeinschaft der Menschheit.

Nationalismus kann dabei eine Form der Einheit ohne Vielfalt bedeuten (Reduktion des Staates auf autoritäre Führungspersonen oder Projektion der Massen auf ihre Führer) oder eine Form der Vielfalt ohne Einheit (Nebeneinanderbestehen mehrerer Gruppen, die

nur ihre eigene Identität vertreten). Beide Formen sind an eine erwünschte Weltgemeinschaft der Menschheit nicht anschlussfähig.

Hier kommt das Prinzip der gemeinsamen Sozialität zum Tragen. Eine Hybris der politischen Allmacht oder des politischen Desinteresses ist fehl am Platz. Die politischen Führungseliten und ihre Anhängerschaft sind Teil der generellen Interdependenz im sozialen System. Damit diese Interdependenz dem Gesamtsystem nicht schadet, sondern guttut, sind grundlegende Veränderungen in den Macht- und Einkommensstrukturen notwendig, sodass schließlich das verwirklicht werden kann, was heute schon proklamiert, aber nirgends erfüllt wird: Alle Mitglieder des Systems haben gleiche Rechte und Pflichten, sind gleich wertvoll und verdienen die gleiche Anerkennung.

Oberflächlich gesehen ist alles sehr einfach: Wir sind alle Demokratinnen und Demokraten. Selbst wenn sich mehr und mehr Länder gegenüber der »westlichen Demokratie« ablehnend zeigen, gibt es nur sehr wenige, die sich nicht als Demokratien bezeichnen, wenigstens auf ihre eigene Art und Weise. Aber die Realität ist eine andere. Ganz im Gegensatz zu dem, was Ende des zwanzigsten Jahrhunderts wahrscheinlich schien, erleben wir derzeit eine Ausbreitung von Diktaturen und autoritären Regimen, und einige der ältesten und stabilsten Demokratien der Welt fallen mit einer überraschenden Geschwindigkeit in Richtung derartiger Regierungsformen zurück.

Den Konsumismus überwinden

Die erste Frage ist, warum sogar in liberalen Demokratien Wahlenthaltungen im Zunehmen sind und Massen von Menschen ihre Stimme politischen Unternehmerinnen und Unternehmern geben, welche über kurz oder lang demokratische Garantien beseitigen und dem Volk, in dessen Namen sie zu sprechen vorgeben, die Macht entziehen.

Warum ist das so? Es gibt etliche Faktoren, die alle miteinander zusammenhängen. Der wichtigste ist die globale Dominanz von Neoliberalismus und spekulativem Finanzkapitalismus. Es ist weithin dokumentiert worden, dass dieses System aktiv zu Gunsten undemokratischer, ja sogar anti-demokratischer Mächte die Souveränität von Staaten unterhöhlt hat. Viele Menschen spüren daher, dass sie in einer zunehmend instabilen Zeit die Mitbestimmung in ihrem Land und die Macht über ihr Leben verlieren. Die so erzeugte Gesellschaftsform kann als fragmentiert und *umgekehrt totalitär* bezeichnet werden: Während totalitäre Gesellschaften bisher das Individuum dem Kollektiv, der Rasse, dem Staat oder der Partei opferten, lösen die umgekehrt totalitären Gesellschaften die Kollektive in Ansammlungen bloßer Konsumentinnen und Konsumenten auf. Da diese Gesellschaften einer andauernden Beschleunigung und ununterbrochenen technologischen Revolutionen unterliegen, die Zerstörung und Neuschöpfung bringen, wird eine dreifache Panik verursacht:

- Erstens, eine *wirtschaftliche Panik*, weil die Verschlechterung des Lebensstandards und der Lebensbedingungen der Mehrheit anhält;
- zweitens, eine *ökologische Panik*, wenn einerseits Angst vor den Veränderungen in der Natur geschürt wird und andererseits der tatsächliche Klimawandel bestritten wird;
- und drittens, eine *Panik der Identität*, denn niemand weiß mehr, was und wer einen Wert hat, noch wer außer dem Markt und den sozialen Medien in der Lage ist, dies zu bestimmen.

Linke und progressive Parteien sind außerstande, diesen Paniken etwas entgegenzuhalten, weil sich diese über den ganzen Globus verbreiten, während Wahlkämpfe lokal oder national ausgefochten werden und zunehmend machtlos gegenüber globalen Interdependenzen sind, die kontrolliert werden sollten. Der Misserfolg der progressiven Parteien resultiert bis jetzt auch aus dem Unvermögen, nach dem Zusammenbruch von Kommunismus und Sozialismus neue Narrative zu entwickeln, die die sozialen, identitätsorientierten und ökologischen Anliegen zusammendenken.

Angesichts des Versagens der Progressiven wie auch aller anderen Mächte und Eliten, präsentiert sich der Autoritarismus *umgekehrt progressiv* als Verkörperung einer Art Standard-Linke, die die Sache des Volkes, insbesondere der entrechteten Arbeiterklasse, besser vertritt als die klassische

Linke. Er befriedigt ihr Identitätsbedürfnis, indem er vorgibt, die vom Neoliberalismus atomisierte Gesellschaft wieder in die verlorene Einheit der Nation, des Imperiums, der Rasse oder der Religion einzubetten.

Für Freiheit, Gleichheit und Anerkennung gemeinsam kämpfen

Ein weiterer Grund für den Niedergang des demokratischen Ideals ist seine Unbestimmtheit. Wir alle glauben zu wissen, worüber wir reden, wenn wir über Demokratie sprechen, aber nichts ist weniger sicher als das. Wir alle kennen die berühmte Phrase »Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk« und die Forderungen nach Freiheit und Gleichheit. Aber keines dieser Elemente ist gefeit gegen nicht-intendierte Interpretationen. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn das »Volk« auf einen bestimmten Teil des Volkes reduziert wird oder nur auf die unteren Schichten, die den oberen Schichten gegenüberstehen. Autoritäre Regime behaupten, im Namen der unteren Schichten zu handeln, aber nur im Namen derjenigen, die derselben Rasse, derselben Religion oder derselben Ideologie angehören. Diejenigen, die nicht dazu gehören, werden zu Sündenböcken gemacht. Auf dieselbe Art kann man kollektive Freiheit und die Souveränität des Volkes hochhalten, während alle Formen von Pluralismus preisgegeben werden. Oder umgekehrt die alleinige Freiheit Einzelner

preisen, die glauben, alle Rechte zu haben und der Gemeinschaft nichts schuldig zu sein.

Die Vorstellung von Gleichheit hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert. Früher wurde darunter hauptsächlich eine Gleichheit der Lebensbedingungen, von Einkommen und Vermögen, verstanden, eine *Gleichheit der Ähnlichen*. Seit der Neoliberalismus auf globaler Ebene hegemonial geworden ist und persönliche Bereicherung über alles andere gestellt sowie die politische Freiheit auf die wirtschaftliche reduziert hat, hat sich das verteilungsorientierte Ideal der Gleichheit zu einem im Wesentlichen wirtschaftlichen Ideal der Chancengleichheit verschoben, einer *Gleichheit der Verschiedenen*. Die Chancengleichheit postuliert, dass jede und jeder das Recht hat, den Gipfel des Reichtums, des Prestiges und der Macht zu erreichen. Nur ist das ganz klar ein unerreichbares Ziel, außer für ganz wenige, deren Erfolgsgeschichten den Mythos scheinbar bestätigen.

Deshalb ist nach den Klassenkämpfen des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts unsere neoliberale Welt zu einem Kampfplatz geworden, wo um Anerkennung des gleichen Werts und der gleichen Würde gerungen wird. Es ist ein Kampf für Gleichheit zwischen Individuen, Völkern und Kulturen ebenso wie für gleiche Lebensbedingungen, für Gleichberechtigung der Gleichen und für die Gleichheit von Verschiedenen. Es ist ein Kampf der vormals kolonisierten Völker, die abhängig bleiben und Opfer von Rassismus

und Verachtung sind. Es ist ein Kampf von Frauen. Es ist ein Kampf verbotener Geschlechter. Es ist ein Kampf der Verfechter des Lebens und der Natur.

All diese Bestrebungen für Gleichheit und Anerkennung sind letztlich Kennzeichen einer demokratischen Dynamik und als solche völlig berechtigt. Aber sie können wahrscheinlich nur dann Erfolg haben, wenn sie sich nicht gegeneinander richten und die Gesellschaft in ebenso viele Nischenidentitäten aufspalten, und wenn sie nicht eine ganze Reihe lange etablierter Regeln umstürzen, die von einer Mehrheit der Bevölkerung eines Landes geteilt werden. Die Gefahr besteht darin, eine Gegenreaktion hervorzurufen, die die Demokratie gegen sich selbst wendet, was immer häufiger vorkommt.

Die unsozialen Medien zu echten sozialen Medien machen

Der Autoritarismus, der mit Hilfe der Kontrolle über soziale Netzwerke und die Informationsproduktion in Gesellschaften an die Macht kommt, die noch demokratisch sind, neigt dazu, sich in einen *Technofaschismus* zu verwandeln. Im Namen einer pseudo-direkten digitalen Demokratie in den sozialen Medien, die jeder und jedem die Illusion vermittelt, sich frei äußern zu können, während in einer virtuellen und gespaltenen Öffentlichkeit hasserfüllte Meinungen vertre-

ten werden, zielt der Autoritarismus des einundzwanzigsten Jahrhunderts auf die *Zerstörung aller bestehenden Institutionen* ab. Sobald die Institutionen, die für den Fortbestand und die Vitalität der demokratischen Ordnung sorgen – Justiz, Schulwesen, Universitäten, öffentliches Gesundheitswesen, freie Presse, Vereine, Gewerkschaften, paritätische Organisationen usw. –, ihre Legitimität verlieren, ist alles, was bleibt, wie in den Totalitarismen von gestern, nur noch das Gesetz der permanenten Veränderung, der Zerstörung und des Chaos. Die Gesellschaft kann sich dann nach den Launen der Autokraten und den sich bietenden Investitionsmöglichkeiten in jede beliebige Richtung entwickeln.

Soziale Netzwerke spielen eine zentrale Rolle bei der Fragmentierung geteilter Realität. Sie spitzen die Aufspaltung der neo-liberalen Gesellschaften in Blasen abgeschlossener Gemeinschaften oder kleiner Gruppen zu, die einander ignorieren oder hassen. ›Wir glauben, was wir glauben wollen, und wir wollen glauben, dass wir wertvoller sind als andere, als andere soziale Gruppen, andere Religionen, andere Länder‹. Soziale Netzwerke sind daher das ideale Instrument für den Triumph kommerzieller, ideologischer, politischer und geopolitischer Interessen. Die verantwortlichen Macher haben keine Skrupel, einmal das eine und ein andermal das Gegenteil zu behaupten, je nach dem Publikum, das sie ansprechen. Es entstehen so viele ›alternative Wahrheiten‹ wie es Personen und persönliche Interessen in der Zuhörerschaft gibt.

Im Vorfeld dieser außerordentlich wirksamen Manipulationen müssen wir vor der *entsozialisierenden Rolle* warnen, die von Bildschirmen und Videospielen ausgehen kann, insbesondere im Leben der Kinder und Jugendlichen, die erst den Verzicht einüben müssen und deren Gehirne sich noch im Wachstum befinden. Immer häufiger werden Studien bekannt, die zeigen, dass vermehrte Bildschirmzeit zu einer Minderung intellektueller Standards, einem Verlust der Aufmerksamkeitsspanne und wachsenden Schwierigkeiten im Umgang mit realen Personen führt, ganz zu schweigen vom Formulieren artikulierter Gedanken und Argumente, die über einfache Verknüpfungen hinausgehen. Der Siegeszug des Smartphones in den frühen 2010er Jahren wird mit der Erhöhung mentaler Krankheiten und einem Anstieg depressiver Episoden und Selbstmordraten unter Teenagern in Verbindung gebracht, wenn es nicht noch andere Ursachen gibt, die in der Entwicklung der jeweiligen Gesellschaften wurzeln (Les Convivialistes 2025: 48). Aus all diesen Gründen scheint es angebracht, Kinder nicht vor dem Alter von sechs Jahren Bildschirmen auszusetzen sowie die Nutzung von Smartphones in Schulen zu regulieren, gleichzeitig aber auch die Regulierungen für die Plattformbetreiber nachzuschärfen. Australiens Beispiel des Handyverbots an Schulen und des Social-Media-Verbots für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren, welches die Plattformen in die Pflicht nimmt, macht bereits international Schule. Es sind aber nicht nur junge

Leute, die dem Meinungsdruck ihrer Peergruppen ausgeliefert sind. Wenn sie dem Diktat kommerzieller Marken oder den Machern des politischen und ideologischen Chaos entkommen wollen, wären auch Erwachsene gut beraten, die entsprechenden sozialen Medien nicht bedenkenlos zu nutzen.

Die neue dominante Idee im Westen ist, dass in einer Demokratie alle das Recht hätten, zu tun und zu glauben, was sie wollen, einschließlich Unsinn, und dass es verboten wäre, dies zu verbieten. Doch hinter diesen libertären Ideen verstecken sich vielmehr Impulse, bestimmte Praktiken zu verhindern und sogar Redeverbote durchzusetzen, wie der Fall der USA unter Trump 2.0 offenkundig zeigt. Keine Demokratie ist einer solchen Heuchelei und der Erosion aller sozialen Normen von Sitte und Anstand gewachsen. Allerdings haben sich auch in den noch verbliebenen liberalen Demokratien Tendenzen etabliert, die durch immer stärkeren Druck auf die Einhaltung von Sprachregelungen im Sinne der jeweiligen Regierungspolitiken den Meinungskorridor der Öffentlichkeit bis zur Zensur und Strafverfolgung beschneiden.

Es ist außerdem unerlässlich, anstelle von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), welche irreführenderweise von staatlichen Stellen finanziert werden, echte zivilgesellschaftliche Organisationen (CSOs) oder Behörden zu schaffen, die strikt auf das Gemeinwohl orientieren und von Parteien, Denkfabriken, Regierungen, Militär oder Wirtschaft und deren Partikularinteressen komplett unabhängig sind. Als solche können sie über unbestreitbare Autorität verfü-

gen und die öffentliche Aufgabe übernehmen, möglichst zuverlässige Zahlen, Daten und Fakten über die wirtschaftlichen, sozialen, medizinischen, klimatischen und sonstigen Gegebenheiten zu erheben und zu kommunizieren. Und ebenso die Unterschiede in den Methoden oder Schlussfolgerungen der Expertinnen und Experten, die Mitglieder dieser Einrichtungen sind, sichtbar und verständlich zu machen.

Politische Bildung muss den Menschen beibringen, wie soziale Netzwerke richtig genutzt und zwischen plausiblen Meinungen und digitaler Verwirrung unterschieden werden kann.

Schlussfolgerung

Eine Schlussfolgerung, die sich ziehen lässt, ist, dass das demokratische Ideal sowohl weitaus komplexer als auch weitaus zerbrechlicher ist als bislang gedacht. Seine Verwirklichung setzt eine bestimmte Balance zwischen Öffnung und Verschlussenheit des Volkes, zwischen individueller und kollektiver Freiheit, zwischen symbolischer und realer Gleichheit, zwischen Gleichheit der Lebensbedingungen und Gleichheit der Chancen voraus. Demokratie ist um so schwieriger zu bewahren, geschweige denn zur Entfaltung zu bringen, je stärker der Kampf um Anerkennung im globalen Maßstab und in jedem Land tobt.

Im allgemeinen Chaos miteinander wetteifernder Identitäten ist der einzige Kompass, den wir haben und den wir

uns um jeden Preis erhalten müssen, *Wissen über die und der Respekt vor den Tatsachen*. Das Wesen der Demokratie ist die *Akzeptanz verschiedener Betrachtungsweisen derselben Realität*, nicht die Dehumanisierung mit der Begründung verschiedener Realitäten. Wenn es keine *Mindestvereinbarung* über die Realität der Realität gibt, kann es kein gemeinsames Aus-handeln geben. Konstruktive Auseinandersetzung wird zum destruktiven Konflikt, aus dem nur ein Autokrat als Sieger hervorgehen kann, weil er den anderen *seine »alternative Wahrheit«* aufzwingt. Das ist vielleicht die größte Herausforderung, der die Demokratie im heutigen unregulierten Bereich der digitalen Öffentlichkeit begegnet.

V. Geopolitische Herausforderungen: Stärke des Rechts oder das Recht der Stärkeren?

Was es heißt, ein Volk der guten Nachbarn
zu sein

Eine gemeinsame Menschheit, die – trotz aller Klassenunterschiede und sonstigen Ungleichheiten – auf Gedeih und Verderb eine Schicksalsgemeinschaft bleibt, muss darauf achten, eine Organisationsform des Modus Vivendi zu finden, die so lange wie möglich eine gemeinsame Zukunft erlaubt. Die existenziellen Bedrohungen müssen unterhalb der Schwelle zum Ausbruch einer Katastrophe eingedämmt werden, wenn sie nicht komplett beseitigt werden können. Dies muss durch den freiwilligen Zusammenschluss der sozialen Systeme auf einer höheren Ebene, einer Meta-Ebene, zu einem Metasystem der Weltgemeinschaft der Menschheit erfolgen, in welchem sich die Teilsysteme den von ihnen ausgehandelten Regeln unterordnen.

Dazu gehört eine gegenseitige Verständigung darauf, kriegsrische Aktivitäten zwischen Gruppen innerhalb von Staaten, zwi-

schen Staaten, Unionen und Bündnissen von Staaten hintanzuhalten, um Eskalationen zu Weltkriegen zu vermeiden, die das Ende der Menschheit bedeuten könnten. Für eine solche Verständigung ist es notwendig, mögliche Streitpunkte zu schlichten, die zum Kriegsgrund werden könnten. Dazu sollten die Völker einander gute Nachbarn werden, wie einst das Motto der Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland lautete. Gute Nachbarn treiben Handel miteinander, aber sie handeln aus wohlverstandenen wirtschaftlichen Interessen nicht gegeneinander.

Die Unipolarität, die eine Einheit ohne Vielfalt darstellt, muss überwunden werden, um einer echten Weltgemeinschaft der Menschheit Platz zu machen. Die Vorstöße zur sogenannten Multipolarität gehen in die richtige Richtung, weil sich eine steigende Vielfalt von Ländern zu Wort meldet, wenn auch noch ohne Einheit. Diese muss aber im Prozess ihrer Verständigung entstehen, um einer Einheit durch Vielfalt zu genügen.

Hier kommt das Prinzip der gemeinsamen Menschheit zum Tragen. Eine Hybris des Rechts der Stärkeren ist fehl am Platz. Die Staaten und Völker sind Teil der generellen Interdependenz der gesamten Menschheit, die untereinander friedfertig verfahren muss, damit der gemeinsame Untergang verhindert werden kann. Die Anerkennung gleicher Rechte statt der Macht und der Stärke kommt allen Gliederungen der Menschheit zu.

Niemals seit dem Zweiten Weltkrieg sind die Risiken großer regionaler, kontinentaler oder globaler Konflikte so hoch ge-

wesen wie heute. Die wirtschaftliche Konkurrenz zwischen den Staaten wird immer heftiger. Sie verschärft sich durch die zunehmende Verknappung von landwirtschaftlichen Flächen, Wasser, Öl und Gas, Mineralien, Edelmetallen und so weiter.

Zu all diesen ökonomischen, technologischen und ökologischen Risikofaktoren kommt noch die wachsende Instabilität der Welt hinzu, seit sie multipolar geworden und kein Staat der Welt in der Lage ist, anderen seinen Frieden aufzuzwingen. Es gibt keinen Weltpolizisten mehr, weder die USA noch China können Frieden durch eigenes Recht erzwingen und selbst die UNO ist nicht in der Lage, eine solche Rolle zu übernehmen. Alles, was existiert, sind regionale Polizisten, die mit unsicheren und fluktuierenden Rechtsprechungen gegeneinander kämpfen. Gleichzeitig sehen wir die Rückkehr imperialer Begehrlichkeiten und der Politik von Einflussphären im globalen Maßstab.

Die westliche Vorherrschaft beenden

Das alles ist wohlbekannt. Was fehlt, um das Ausmaß des Problems in seiner vollen Größe zu erfassen, ist das Verständnis für die Bedeutung des Kampfes um Anerkennung, nicht nur innerhalb der Staaten, sondern auch zwischen ihnen. Es ist Zeit, die Tatsache zu berücksichtigen, dass Länder und ihre Führungsspitze nicht nur von materiellen Interessen ge-

trieben werden, sondern auch von symbolischen Triebfedern: wie sie wahrgenommen werden in Bezug auf ihre Größe, ihren Platz in der Welt, ihre Identität und den Respekt, den sie gebieten. Diese immateriellen Interessen haben eine derartige Bedeutung erlangt, dass der Eindruck entsteht, dass sie sich immer mehr gegenüber wirtschaftlichen Faktoren verselbstständigen. Der Wirtschaftskrieg, den die derzeitige US-Administration gegen die ganze Welt, vorzugsweise gegen China, auch gegen Iran oder Kuba, erklärt hat, zeigt, in welchem Ausmaß Geltungsfragen unauflöslich mit wirtschaftlichen Fragen zusammenhängen und, dass sie manchmal sogar überwiegen. Hass wächst zwischen verschiedenen Gesellschaften und Kulturen und in ihrem Inneren.

Mehr als drei Jahrhunderte lang hat der Westen die Welt dominiert. Er galt als beneidenswert und beneidet. Der Westen verlieh Anerkennung. Alle Völker der Welt haben den Wert ihrer Existenz mit dem Maßstab des Westens gemessen sowie daran, welche Vorteile ihnen das brachte. Doch die Anerkennung, die sie bekamen, war häufig von Geringschätzung und Rassismus gezeichnet. Heute wird die westliche Vorherrschaft von allen Seiten herausgefordert und bedroht. Frühere Imperien, einstmals stolz auf ihren Wert und ihre Macht, dann vom Westen erniedrigt und verschmäht, gewinnen jetzt wieder an Selbstvertrauen. Diese Länder, die durchaus unterschiedliche Interessen vertreten, stimmen zumindest in ihrer Sensibilität, wenn nicht im Ressentiment,

gegenüber einer Dominanz durch den Westen überein, der ihnen Niederlagen zugefügt und sie so lange missachtet hat und der auch heute noch bemüht ist, neokoloniale Herrschaftsverhältnisse aufrecht zu erhalten. In diesem Zusammenhang erscheint der sogenannte ›israelisch-palästinensische Konflikt‹ als ein Kristallisationspunkt vieler Konflikte, die die Welt zerreißen – zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden, zwischen der abendländischen Demokratie und ihren Gegnern, zwischen einer israelischen Demokratie, in der Völkermord an der palästinensischen Bevölkerung von statten geht, und einem Widerstand, der auch mit Terror reagiert. Und daneben gibt es orientierungslose Demokratien, von denen einige nach einem Faschismus neuen Typs streben.

In dem Maße, wie die Herrschaft des Westens über den Rest der Welt erodiert, schwindet auch das Vertrauen in die Eliten und die gesellschaftlichen Institutionen. Der Lebensstandard ist im Sinken, das Versprechen eines besseren Lebens für jede neue Generation ist Schall und Rauch, und Identitäten sind im Wanken. Jegliche Hierarchie oder Dominanz wird hinterfragt, sei es die der politischen oder kulturellen Führungskräfte, die der Männer über die Frauen, der dominanten Religionen über die unterdrückten Religionen, der dominanten Formen der Sexualität über die unterdrückten Formen der Sexualität, des dominanten als legitim geltenden Wissens über das nicht-anerkannte Wissen. Diese

Umkehrung aller Werte löst im Westen wie auch im Rest der Welt eine Art Schrecken aus, der zum Rückzug auf traditionelle Werte führt.

Diese doppelte Kritik – an der westlichen Herrschaft über den Rest der Welt und, allgemeiner, an etablierten Hierarchien – ist legitim und notwendig. Dadurch erlangen die erniedrigten Völker ihren Stolz zurück, wenn sie ihren eigenen Wert geltend machen. Doch es gibt eine Grenze, die nicht überschritten werden darf. Die Kritik am Westen ist legitim und notwendig, solange sie nicht dazu dient, die Macht von Militär- oder Polizeidiktaturen zu festigen und das demokratische Ideal zu zerstören. Wie unsicher unsere Zeiten auch sein mögen, wir haben kein anderes Ideal, für das es sich letztlich zu kämpfen lohnt, als das demokratische Ideal und dessen Wertschätzung für Gerechtigkeit, Pluralismus, Meinungs- und Redefreiheit, Menschenrechte sowie Kontrollmechanismen der Machtkonzentration. Wenn der Westen kritisiert werden muss, dann nicht für die Erfindung des modernen demokratischen Ideals, sondern dafür, dass er es selbst nicht respektiert und dass er es viel zu oft als Alibi für seine imperialistische und rassistische Beherrschung des Rests der Welt missbraucht hat. Der Globale Süden hat recht, den Westen wegen seiner bis heute andauernden Scheinheiligkeit und seiner Doppelmoral an den Pranger zu stellen. Wer wird für den Missbrauch der Macht kritisiert und wer nicht?

Aber der brutale Autoritarismus ist keine Alternative zu diesem Übel, ganz im Gegenteil. Die grundsätzliche Frage besteht heute darin, *wie in einer Welt und in Gesellschaften, die sich deutlich von denen des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts unterscheiden, dem demokratischen Projekt neues Leben eingehaucht werden kann.*

Die multipolare Weltordnung mitbestimmen

Eine ähnliche Diagnose gilt auch für den Nationalstaat. Die Covid-19-Krise zeigt, dass auf solche Ereignisse am besten auf der Ebene des Nationalstaats reagiert werden kann. Und die Bürgerinnen und Bürger haben sich instinktiv ihren Regierungen zugewandt. Der Nationalstaat bietet im Idealfall eine schlagkräftige Staatsführung, weil er tief verwurzelt ist. Das Problem besteht aber in der Verbesserung der Koordination der Nationalstaaten untereinander, nicht nur in Zeiten von Krisen wie Covid-19, sondern generell. Es geht darum, mögliche Konflikte zwischen den nationalistischer werden Einheiten zu stoppen. Ein weiteres Problem besteht darin, wie in zunehmend multi-ethnischen und multikulturellen Gesellschaften eine Form der Einheit gefunden werden kann. Faktoren der Unsicherheit kommen sowohl von innen als auch von außen. Dennoch ist der Nationalstaat unabdingbar zur Lösung globaler Probleme wie Klimawandel oder Zerstörung der Biosphäre. Das Modell des Nationalstaats muss

zwar reformiert werden, er bleibt aber einstweilen die wirkungsvollste Institution, um die Prinzipien der *gemeinsamen Menschheit* und der *gemeinsamen Natürlichkeit* umzusetzen.

Die Idee des Aufbaus einer friedlichen Weltordnung, zuerst der Völkerbund, dann die Vereinten Nationen, der zufolge jedem unabhängigen Staat gleiches Gewicht eingeräumt wurde, scheint kaum zielführend, wenn einige Staaten gerade einmal ein paar zehntausend und andere hunderte Millionen Einwohner haben und wenn deren ökonomische und politische Macht sowie der kulturelle und religiöse Einfluss ungleich sind. Es ist weithin klar, die UNO muss reformiert werden. Ein Problem besteht wohl in einem Demokratiedefizit (ähnlich dem der Europäischen Union), dass nämlich nicht die vereinten Völker Sitz und Stimme haben, sondern von den Regierungen ihrer Nationalstaaten vertreten werden, die oft (noch) nicht im Interesse ihrer Völker an der Herstellung einer Weltgemeinschaft arbeiten. Trotzdem hat die UNO viele Unterorganisationen, auch akkreditierte NGOs, die eine wesentliche Arbeit für die globalen Aufgaben der Menschheit erfüllen. Fehlende Gelder oder der politische Rückzug kapitalstarker Nationalstaaten wie der USA bedeuten schmerzhaftes Rückschläge auf dem Weg zur Schaffung einer Weltgemeinschaft der Menschheit.

Das große Verdienst von Imperien war die Gewährleistung eines gewissen Maßes an Frieden über weite Gebiete und lange Zeiträume, wobei die Diversität der beherrschten

Kulturen oder Religionen respektiert wurde, solange diese die Herrschaft akzeptierten. *Tianxia*, die Formel »Alle vereint unter dem Himmel«, wie sie das alte China kennzeichnete, wird heute nicht das Vorbild sein können, wenn eine Weltstaatlichkeit debattiert wird. Wichtig ist jedoch, dass sich die Weltöffentlichkeit so bald wie möglich auf ein Reglement einigt, das die parzellierten Interessen der Staaten und das Gesamtinteresse der Menschheit am Überleben und an einem Guten Leben in einer nicht ausschließenden, einsichtigen und gewaltfreien Art und Weise miteinander verträglich macht und *peu à peu* verwirklicht wird.

Die ambitionierten Bestrebungen, durch Vergebung und Versprechen in Europa eine neue politische Realität, einen noch nie dagewesenen post-imperialen und post-nationalen politischen Zusammenschluss zu schaffen, sind ein fragiler und unvollkommener Erfolg. Dieser wird dadurch geschmälert, dass die Europäische Union sich weiterhin wie frühere Imperien in innere Angelegenheiten anderer Staaten einmischt, um eigenen Interessen Geltung zu verschaffen. Es ist offensichtlich, dass diese Verhaltensweise nicht mehr verallgemeinerbar ist.

Der gesamte Westen steht vor der Herausforderung, sich selbst einzugestehen, dass er nur einen Bruchteil der Weltbevölkerung versammelt und seine Wirtschaftskraft im Vergleich mit der ökonomischen Entwicklung des Rests der Welt immer weniger ins Gewicht fällt. Eine Aufrechterhal-

tung neokolonialer Verhältnisse, die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Druck auf souveräne Staaten ausüben, scheint in letzter Konsequenz nur mehr mit der Androhung oder dem tatsächlichen Einsatz militärischer Mittel möglich, die an diversen Stellen über den gesamten Planeten disloziert werden.

Demgegenüber verspricht jedoch der Aufbau endlich gleichberechtigter Beziehungen zu allen anderen Staaten Prosperität für alle. Der Westen, will er nicht weiter absteigen, könnte die Chance der Multipolarität nutzen, um sich für die Etablierung einer wirklich gemeinsamen Menschheit stark zu machen. Gerade die EU könnte sich auf die beworbenen Vorzüge ihres Modells besinnen und sie umsetzen. Damit könnte sie auf der Weltbühne Zustimmung ernten, anstatt unterzugehen.

Schlussfolgerung

Was muss geschehen? Es gibt derzeit keine einfache, befriedigende Antwort auf diese Frage. Solange sie nicht gefunden ist, wird die Welt nicht in Frieden leben können. In der Zwischenzeit scheint es geboten, zumindest einen Teil der Macht und Souveränität wiederherzustellen, die der Neoliberalismus den Nationalstaaten genommen hat, damit diese den Marktgesetzen Widerstand leisten können. Das gibt den Menschen Macht und Wahlmöglichkeit über ihr eigenes Schicksal und dämmt Impulse ein, auf illusionäre Versu-

chungen zu setzen, die von starken Männern, von Hassreden, von einem Nationalismus, der andere ausschließt, und von einer Suche nach Sündenböcken ausgehen.

Bis auf Weiteres finden sich die Regierungen zwischen zwei stärker werdenden Tendenzen hin- und hergerissen, welche scheinbar Gegensätze sind, einander aber in Wirklichkeit ergänzen. Seit Regierungen den Gesetzen der Finanzmärkte unterworfen sind, sind sie auf der einen Seite außerstande, auch nur die bescheidensten Steuern auf das Kapital einzuführen, geschweige denn einzuhoben. Denn es wurden spezielle Wirtschaftszonen geschaffen, in denen soziale und Umweltstandards nicht zur Anwendung kommen und sich Steuern verflüchtigen. Auf dieser Basis ist keine politische Gemeinschaft lebensfähig, die von den *Prinzipien der gemeinsamen Menschheit* und der *gemeinsamen Sozialität* inspiriert ist.

Auf der anderen Seite scheinen die Staaten immer stärker zu werden, indem sie sich autoritären, nationalistischen, illiberalen und antidemokratischen Formen des Kapitalismus verschreiben. In der Tat sind das zwei Seiten ein und derselben Medaille. Die Fragmentierung und objektive Zerbrechlichkeit der Staaten treibt sie dazu, nach einer fiktiven Macht zu suchen oder diese vorzugeben. Aber je mehr sie diese Macht auch verwirklichen wollen, desto mehr müssen sie sich mit der Unersättlichkeit der Kapitalströme arrangieren, die sich ihrer Besteuerung entziehen. Und sie können ihnen

nur das Phantasma und die Illusion der Macht entgegensetzen.

Bis die richtige Balance zwischen den gegenwärtigen Nationalstaaten und den postnationalen Staaten gefunden sein wird, wird es keine andere Lösung geben als zu *verlangen, dass bestehende Grenzen prinzipiell unantastbar sind*, wogegen z. B. Russlands Annexion von Teilen der Ukraine, Ruandas Invasion eines Teils der Demokratischen Republik Kongo, von Armenien durch Aserbaidshan und die geplante Annexion von Gaza und der West Bank durch Israel verstoßen. *Amtierende Regierungen wiederum haben die absolute Pflicht, ihre Minderheiten zu respektieren und all jenen, über die sie ihre Macht ausüben, die Bedingungen für ihr materielles Überleben, für die Bewahrung ihrer Identität und für die legitime Individuation und die gemeinsame Sozialität zu verschaffen. Ein Großteil der Probleme mit der Migration würde sich durch die Einhaltung dieser Pflicht lösen.*

Schluss

Eine Vorschau auf die künftige Welt

Träumen wir ein bisschen (aber nicht zu viel):

In den frühen 2050er Jahren haben sich die hier verfochtenen Ideen und Pläne (berichtigt und ergänzt von den vielen Netzwerken, die der Initiative beigetreten sind) in der öffentlichen Meinung weltweit ausgebreitet. Sie sind für die meisten Menschen so offensichtlich geworden, dass die Eliten und Regierungen sich nach und nach hinter ihnen versammelten. Der Weg in die Katastrophe, zu dem die Welt unerbittlich verdammt schien, wurde umgekehrt oder weitgehend abgeändert. Und jetzt schreiben wir das Jahr 2050.

Das Anwachsen von Vereinen und NGOs fördert eine noch nie dagewesene demokratische Innovationskraft auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene.

Die Anwendung strikter Sozial- und Umweltstandards ermöglicht unternehmerische Aktivität unter Beachtung des Gemeinwohls. Überall herrscht eine Art Wohlstand ohne Druck eines unbegrenzten

BIP-Wachstumsziels, insbesondere dank der Unternehmen, die Anspruch darauf erheben, jenseits der oberflächlichen Strategien von Greenwashing Teil der sozialen, solidarischen und umweltfreundlichen Ökonomie zu sein.

Die drastische Reduktion von Ungleichheiten hat zu einer Wiederbelebung öffentlicher Dienste und Gemeingüter geführt. Überall erfreuen sich die Menschen eines wirksamen Rechts auf Bildung, Gesundheit, Gerechtigkeit und Sicherheit. Internationale Solidaritätsmechanismen sind eingerichtet worden, um jene Länder, Regionen und Gesellschaftsschichten zu stärken, bei denen diese Errungenschaften noch in den Anfängen stecken.

Dank der Politik des bedingungslosen Grundeinkommens ist die Armut zwar nicht verschwunden (wird sie das jemals tun?), aber niemand ist zum Elend verurteilt.

Entgegen allen Erwartungen und gerade weil eine Begrenzung wirtschaftlicher Überhitzung in Kraft gesetzt wurde, sind die Ziele des Pariser Klima-Abkommens fast alle erreicht worden. Die globale Erwärmung hat zwei Grad nicht überschritten und wird auch nicht weiter ansteigen. Die enormen Ressourceneinsparungen werden auf Anpassungsmaßnahmen, Innovationen und lokale Projekte umgeleitet.

Länder, die bald schon als unbewohnbar galten, haben sich als wieder voll bewohnbar herausgestellt.

Die Beziehungen zwischen Frauen und Männern und zwischen gleichen oder diversen Geschlechtern sind kein Thema mehr. Entlastet von einem Gutteil der Unsicherheiten der neoliberalen

Wirtschaftsordnung, erscheinen Unterschiede und Diversität weniger bedrohlich. Die Anerkennung des Werts von Individuen fällt ganz leicht. Machismus und Rassismus sind im Begriff zu verschwinden.

Die Regulierung des Internets, der sozialen Medien und der KI auf nationaler und internationaler Ebene hat neue Anstiege im IQ und in Sprach- und Lesekompetenzen weltweit erlaubt und die Entstehung einer wiederbelebten Öffentlichkeit beflügelt, die einen Großteil der Brutalität aus der Welt geschafft hat. Die Begrenzung von Fake News und Verschwörungstheorien erlaubt die Bildung einer neuen gemeinsamen Basis, wodurch gemeinsame Werte leichter ausgedrückt und anerkannt werden können. Die Gefahr eines Bürgerkriegs in vielen Ländern, einschließlich der USA, ist abgeklungen.

Wissenschaft hat einen neuen Platz in der Gesellschaft gefunden. Eine Balance zwischen Relativismus und positivistischem Objektivismus wurde gefunden. Die fortlaufenden Krisen haben sowohl den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erlaubt, ihr Wissen besser zu erklären, als auch der Öffentlichkeit, zu verstehen, wie Wissen produziert wird, was sein Wert ist und wo seine Grenzen sind.

Die großen Konflikte zwischen Staaten, die den Weltfrieden bedroht haben, sind jetzt durch die Schlichtung des Parlaments der Weltbürgerschaft beigelegt worden, dessen moralische Integrität niemand in Frage stellt.

Diese Vision einer friedvollen Gesellschaft beschwört nur scheinbar eine imaginäre, utopische Welt. Denn sie ist eine konkrete Utopie, das heißt, nichts, was sie vorschlägt, ist unerreicherbar. Sie ist da, und zwar in Reichweite. Ziel des Manifests ist es, einen gangbaren Weg vom Wünschbaren zum Machbaren und vom Machbaren zum Realen zu skizzieren.

Der Übergang muss radikal sein, aber wenn er ein Vorgesmack auf die Welt, die wir wollen, sein soll, dann muss er auch sanft sein, denn Barbarei lässt sich nicht mit Barbarei bekämpfen. Der Übergang muss beides sein: sanft und radikal, transformativ und evolutionär, demokratisch und konstruktiv.

Wir müssen die Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft, Politik und uns selber gleichzeitig transformieren. Beginnen wir mit uns selbst und schaffen wir zusammen – in den Zwischenräumen des Systems – konviviale Gemeinschaften, alternative Gesellschaften, solidarische Ökonomien, emanzipatorische Kulturen und partizipative Demokratien. Möge dies ansteckend wirken und zu effizienteren Wegen bei der Umsetzung von Maßnahmen anregen, die ein Gleichgewicht zwischen den fünf Prinzipien herstellen.

Ja, wir schaffen das. Wenn wir unsere Ideen und Ideale, unsere Stärken und Schwächen, unsere Hoffnungen und Ängste in einem radikalen, transformativen und zukunftsweisenden Projekt vereinen, haben wir die Macht, die Welt zu verändern. Nur der Einwirkung des Neoliberalismus ist

es geschuldet, dass wir etwas anderes glaubten. Um diese Veränderung möglich zu machen und die utopische Welt, die wir skizziert haben, zu verwirklichen, müssen wir hier und heute starten. Wenn wir zum Jahr 2050 vorankommen wollen, müssen wir uns dringend mit möglichst vielen Netzwerken und Organisationen über die hier vertretenen oder andere vergleichbare Vorschläge verständigen. Zusammen ergeben sie den Systemwechsel, den wir in dieser Welt zu sehen hoffen.

Epilog

Auf zum Parlament der Weltbürgerschaft!

Alle Menschen werden von einem legitimen Bedürfnis nach Anerkennung und Gerechtigkeit getrieben. Ohne dieses Bedürfnis zufriedenzustellen, wird es unmöglich sein, allen vor uns liegenden Herausforderungen zu begegnen sowie eine bewohnbare Welt aufzubauen und ein Gutes Leben zu führen. Es wird unmöglich sein, der fortschreitenden Umweltzerstörung und der weiteren Ausbreitung autoritärer Regime Widerstand zu leisten, ohne dass eine neue Art von Humanismus sich als plausibel und wünschenswert durchsetzt, ein Humanismus, der auch Sorge für die Natur trägt und sich ihrer Zerbrechlichkeit bewusst ist. Kein Staat in der Welt und keine derzeitige internationale Organisation ist mächtig genug, einen universalen Standard der Gerechtigkeit durchzusetzen. Aber nur wenn dieses Anliegen einen planetaren Ausdruck findet, nur wenn es eine weithin geteilte Selbstverständlichkeit wird, wird es möglich sein, es bei den Regierungschefs und Eliten durchzusetzen.

Daher ist es entscheidend, dieses Anliegen zu einer gemeinsamen Willensbekundung der sozialen Bewegungen für eine post-neoliberale, post-imperialistische und Post-Wachstumswelt zu machen. Der konvivialistische Vorschlag ist, einige der prominentesten moralischen, intellektuellen, wissenschaftlichen und religiösen Autoritäten unserer Zeit für eine Kooperation zu gewinnen, um die Grundprinzipien und Werte für eine solche Welt zusammenzustellen und zu formulieren sowie klarzustellen, worauf jede und jeder von uns mit Recht hoffen kann und was wir unterlassen müssen. Auf diese Weise würden sie eine neue Weltsicht formulieren.

Dieses *Neue konvivialistische Manifest* ist in der Hoffnung geschrieben worden, als Diskussionsgrundlage und möglicher Ausgangspunkt für Debatten zwischen sozialen Bewegungen und Persönlichkeiten aus dem Norden, dem Süden, aus Ost und West zu dienen, um eine *Feierliche Deklaration der generellen Interdependenz* zu erarbeiten. Im Gegensatz zum Projekt der Aufklärung verlangen unsere Gegenwart und Zukunft, die geschichtliche und geographische Vielseitigkeit der Kulturen so umfassend wie möglich in Betracht zu ziehen. Diese Vielseitigkeit muss respektiert werden, aber wir müssen zugleich auch über sie hinausgehen, weil unsere gegenseitige Abhängigkeit – zwischen uns, zwischen den Regionen des Globus und zwischen der Menschheit und der Natur – inzwischen universell ist. Wir werden uns entweder gemeinsam retten oder gemeinsam zugrunde gehen. Es

gibt keine friedliche, florierende oder begehrenswerte Welt, in der nur ein Bruchteil ein Gutes Leben lebt, während der Rest der Menschheit um das nackte Überleben kämpft, ohne Hoffnung darauf, Würde zu erlangen.

Das Treffen der moralischen Führungspersönlichkeiten der Welt, die wir in Zusammenarbeit mit anderen Bewegungen initiieren wollen, soll den Weg zu einem *Parlament der Weltbürgerschaft* ebnen. Dies wird nur durch die Mobilisierung aller internationalen Netzwerke gelingen, deren Anliegen das Gemeinwohl der gesamten Menschheit ist. Es wird an diesen Persönlichkeiten liegen, die Mitglieder des *Parlaments der Weltbürgerschaft* zu nominieren, wobei über eine bestimmte Anzahl das Los entscheiden soll. Im Prinzip soll jede und jeder Interessierte die Chance haben, gewählt zu werden. Entstanden aus einem Prozess, der sowohl *bottom-up* als auch *top-down* funktioniert, zusammengesetzt aus einer Vollversammlung, einem Ältestenrat und einem Komitee von Expertinnen und Experten, wird dieses Parlament das globale Gewissen der Menschheit verkörpern. Es würde den Kompass darstellen, den wir so notwendig brauchen.

Wie kann das erreicht werden? Es reicht nicht aus, ein solches Projekt als gut oder äußerst wichtig zu bezeichnen. Individuelle und kollektive Kräfte müssen es unterstützen, denen der Ernst der Lage und das, was auf dem Spiel steht, bewusst ist und die bereit sind, dafür zu kämpfen, dass so eine neue Welt entsteht. Hoffen wir, dass sich die sozialen Bewegun-

gen, die schon existieren, mit dem Projekt identifizieren und die Kraft und die Möglichkeiten erkennen, die im übergreifenden *Prinzip der generellen Interdependenz* stecken: wie zum Beispiel, dass der Kampf gegen die globale Erwärmung am besten durch die Abschaffung von Steueroasen und das Vorgehen gegen die weitverbreitete Korruption realisiert werden kann. Barbarei und Brutalität, die unaufhaltsam an Macht zu gewinnen scheinen, und die Spaltung der Gesellschaften können am besten durch den Zusammenschluss im Geist der wechselseitigen Abhängigkeiten abgewehrt werden. Wenn Bewegungen und Personen aus verschiedenen Richtungen entschlossen diesen Kampf aufnehmen, dann können wir wieder Hoffnung schöpfen.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des *Neuen konvivialistischen Manifests*

Die Liste enthält die Namen von 306 Personen in alphabetischer Reihenfolge (in Klammern das Land, wenn es nicht nur Frankreich ist), die per 9. April 2026 das Neue konvivialistische Manifest unterzeichnet haben (Convivialisme 2026 und Information von Marc Humbert):

Brigitte Abel, Michel Adam, Suzi Adams (*Australien*), Frank Adloff (*Deutschland*), Cengiz Aktar (*Türkei*), Shoki Ali Saïd (*Äthiopien*), Mohammed Amara (*Mali*), Hiroko Amemiya (*Frankreich, Japan*), Geneviève Ancel, Ferruccio Andolfi (*Italien*), Catherine André, Mihail Andrei (*Rumänien*), Julie Anselmini, Antoine Arjakovsky, Rigas Arvanitis, Carole Babin-Chevaye, Bertrand Badie, Benjamin Ball, Philippe Barrier, Philippe Batifoulier, Jean Baubérot-Vincent, Matthieu Baudin, Michael Bauwens (*Belgien*), Julien Bayou, Adda Bekkouche, Augustin Berque, Yves Berthelot, Gérald Berthoud (*Schweiz*), Romain Bertrand, Jean-Michel Besnier,

Éric Bidet, Debora Bloas, Bernard Blondin, Thomas Bonne, Anabel-Mauve Bonnefous, Mikkel Borch-Jacobsen (*USA*), François Bordes, Stéphane Bornhausen, Benoît Borrits, Estevão Bosco (*Brasilien*), Daniel Bougnoux, Dominique Bourg, Daniel Bowles (*USA*), Pascal Branchu, Geneviève Brisac, Dorothée Browaeys, Eric Brunat, Luigino Bruni (*Italien*), Alain Caillé, Matthieu Calame, Craig Calhoun (*USA*), José Antonio Camacho Ballesta (*Spanien*), Joseph A. Camilleri (*Australien*), Luis R. Cardoso de Oliveira (*Brasilien*), Genauto Carvalho de Franca Filha (*Brasilien*), José Eduardo Cassiolato (*Brasilien*), Silvia Cataldi (*Italien*), Manuel Cervera-Marzal (*Belgien*), Julie Chabaud, Pascal Champagne (*Belgien*), Eve Chiappello, Philippe Cibois, Sébastien Claey, Denis Clerc, Anne Marie Codur, Mark Coeckelbergh (*Belgien*), Francesco Colizzi (*Italien*), Gabriel Colletis, Josette Combes, Metehan Cömert (*Türkei*), Elisabeth Conesa, Denis Consigny, Stéphane Corbin, Sergio Costà (*Brasilien, Deutschland*), Thomas Coutrot, Daniel Cueff, Eric Dacheux, Jean-Yves Dagnet, Francis Danvers, Yves Dauge, Claire David, Gérard Delanty (*Vereinigtes Königreich*), Federico Demaria (*Spanien*), Jean-Philippe Denis, Jean-Claude Devèze, François Dorigez, Catherine Dolto, Céline Domengie, Pier-Paolo Donati (*Italien*), Michael C. Dreiling (*USA*), Sylvie Dreifus-Alphandéry, François Dubet, Stéphane Dufoix, Dany-Robert Dufour, Diane Dupré la Tour, Jean-Pierre Dupuy, Véronique Dutraive, Jean-Christophe Duval, Timothée Duverger, Dominique Eddé (*Libanon*), Abdelfattah Ezzine (*Marokko*), Daniela Falcioni (*Italien*), Olivier Favereau, Carlo Ferraro (*Argentinien*), Roberto Finelli (*Italien*), Francesco Fis-

tetti (*Italien*), Anne-Marie Fixot, François Flahault, Fabrice Flipo, Jacques Fontanel, Jean-Baptiste de Foucauld, Christophe Fourel, Stéphane Freitas, Olivier Frérot, Alessandro Frisullo (*Italien*), Pascal Fruchon, Gérard Gaglio, Jacques Galantus, Pascal Gambiez, Gioacchino Garofoli (*Italien*), Vincent de Gaulejac, Emmanuelle Gautheron, François Gauthier (*Kanada*), Dominique Gauzin-Müller, Robert Gelli, Jacques Généreux, Jean-Marc Ghitti, Katherine Gibson (*Australien*), Gaël Giraud, Pascal Glémain, Jacques T. Godbout (*Kanada*), Nillüfer Göle (*Türkei*), Roland Gori, Jean-Marie Gourvil (*Frankreich, Kanada*), Jean-Pierre Goux, Wilfried Graf (*Österreich*), Jean-Edouard Grésy, André Grimaldi, Patrice Guilotreau, Stéphane Haber, Olivier Hamant, Sari Hanafi (*Libanon*), Chris Hann (*Deutschland*), François Hartog, Hisaki Hashi (*Japan, Österreich*), Eiji Hattori (*Japan*), Benoît Heilbrunn, Barbara Henry (*Italien*), Wolfgang Hofkirchner (*Österreich*), Dick Howard (*USA*), Michael Hudson (*USA*), Marc Humbert, Eva Illouz, Daniel Innerarity (*Spanien*), Ahmet Insel (*Frankreich, Türkei*), Romaric Jannel, Bob Jessop (*Vereinigtes Königreich*), Zhe Ji (*China, Frankreich*), Jean-Paul Karsenty, Frédéric Keck, Farhad Khosrokhavar (*Frankreich, Iran*), Cloé Korman, Morgan Labar, Jacinto Lageira, Karim Lahidji (*Iran*), Michel Lallement, Bruno Lamour, Gérald Larose (*Kanada*), Helena Maria Martins Lastres (*Brasilien*), Marc Lautier, David Le Breton, Xavier Le Coutour, Jacques Le Goff, Ghislain Le Ray, Frédéric Lebaron, Erwan Lecoœur, Jacques Lecomte, Rémi Lefebvre, Danielle Lethorey, Thomas Lindemann (*Deutschland, Frankreich*), Alain Lipietz, Agnès Lontrade, Marie-Lise Lorthiois, Yvan Lubra-

neski, Philippe Lukacs, Eric Lybeck (*Vereinigtes Königreich*), André Magnelli (*Brasilien*), Rasigan Maharajh (*Südafrika*), Felipe Maia (*Brasilien*), Bouchaib Majdoul (*Marokko*), Hervé Marchal, Charlotte Marchandise-Franquet, Gilles Maréchal, Bernard Martin, Paulo Henrique Martins (*Brasilien*), Gustave Massiah, Dominique Méda, Maurice Merchier, Pascale Mériot, Brigitte Michalon, Clair Michalon, Jean-Claude Michéa, Ella Micheletti-Huertas, Wang Mingming (*China*), Henry Mintzberg (*Kanada*), Stephan Moebius (*Österreich*), Pierre-Olivier Monteil, Edwin Mootoosamy Guillemané, Edgar Morin, Thibaut Mulliez, André Nassif (*Argentinien*), Philippe Naszályi, Osamu Nishitani (*Japan*), Ugo Olivieri (*Italien*), Thierry Paquot, Catherine Paradeise, Patrice Parisé, Laure Pasca-rel, Corine Pelluchon, Alfredo Pena-Vega, Laura Pennachi (*Italien*), Gérard Perreau Bezouille, Bernard Perret, Jacques Perrin, Pascal Petit, Philippe Piau, Frédéric Pierru, Stefania Pinci (*Italien*), Elimar Pinheiro do Nascimento (*Brasilien*), Alberto Pirni (*Italien*), François Plassard, Geoffrey Pleyers (*Belgien*), Alain Policar, Paolo Ponzio (*Italien*), Douglas Porpora (*USA*), Nicolas Postel, Serge Proulx (*Kanada*), Paul-Simon Pugliesi, Frank Pupunat, Joseph Rabie, P.V. Rajagopal (*Indien*), Henri Raynal, Francesca R. Recchia Luciani (*Italien*), Léon Régent, José Antonio Reis (*Portugal*), Elisa P. Reiss (*Brasilien*), Michel Renault, Robin Renucci, Myriam Revault d'Allonnes, Martin Rieussec-Fournier, Fabien Robertson, Ioan Robin, Juan Carlos Rodríguez Cohard (*Spanien*), Nicolas Roesch, Hartmut Rosa (*Deutschland*), Pénélope Roullon-Ishihara, Thierry Salomon, Corinne Saminadayer-Perrin, Monika Sander,

Enrico Sarnelli (*Italien*), Christian Sautter, Daniela Schwendener, Blanche Segrestin, Arnaldo Serna (*Peru*), Martin Serralta, Jean-Michel Servet, Hugues Sibille, Siddharta (*Indien*), Richard Sobel, Frédéric Spinhirny, Robert Spizzichino, Dominique Steiler, Anna Stomeo (*Italien*), Roger Sue, Piotr Sztompka (*Polen*), Paul Tabar (*Libanon, Australien*), Betül Tanbay (*Türkei*), Bruno Tardieu, Michel Terestchenko, Bruno Théret, Jacques Toledano, Catherine Touvrey, Hervé Trémeau, Patrick Tudoret, Jean-Jacques Tyszler, Antoine Vallabrègue, Taoufik Vallipuram, Frédéric Vandenberghe (*Belgien*), François Vatin, Jean-François Véran (*Brasilien, Frankreich*), Bruno Viard, Denis Vicherat, Chloë Vidal, Jean-Paul Vignal, Valérie Vignaux, Bruno Vinay, Pierre Vinclair, Jean-Louis Virat, Patrick Viveret, Jean-Luc Vrignon, Nathanaël Wallenhorst, Juliette Weber, Michel Wieviorka, Werner Wintersteiner (*Österreich*), Hitoshi Yakushiin (*Japan*), Joëlle Zask.

Sie fragen sich, was Sie tun können?

Wenn Sie mit diesem Neuen konvivialistischen Manifest einverstanden sind, können Sie sich einfach als »Konvivialistin« oder »Konvivialisten« bezeichnen. Sie können die von Ihnen durchgeführten Aktivitäten, die auf das Gemeinwohl ausgerichtet sind, als im Sinne des Konvivialismus liegend betrachten. Sie können das bekannt machen und mit Ihren Freunden, Nachbarn, Kolleginnen und Kollegen Diskussionsgruppen zum Konvivialismus organisieren – ganz gleich, ob Sie die Grundsätze erörtern oder konkrete ethische oder politische Maßnahmen vorschlagen wollen.

Das dritte konvivialistische Manifest

Und unter der folgenden E-Mail-Adresse können Sie das Neue konvivialistische Manifest mit Ihrer Unterschrift (Vorname, Nachname, Land und ein bisschen etwas über Ihre Person) unterstützen: jesigne@convivialisme.org.

Quellen

- Adloff, Frank (2018): Politik der Gabe. Für ein anderes Zusammenleben, Hamburg: Nautilus.
- Caillé, Alain (2008): Anthropologie der Gabe, Frankfurt a. M./ New York: Campus.
- Convivialisme. <https://convivialisme.org> vom 09.04.2026.
- Convivialist International (2026): »Convivialism or barbarism: The new convivialist manifesto«, in: Dialogues in Sociology, First published online May 23, 2026. <https://doi.org/10.1177/29768667261442861>
- Die konvivialistische Internationale (2020): Das zweite konvivialistische Manifest. Für eine post-neoliberale Welt, Bielefeld: transcript.
- Erneuerbare Energie Österreich (2025): Globaler Statusreport Erneuerbare Energie, 6. Februar 2025. <https://www.erneuerbare-energie.at/energiefakten/2025/05/02/ren21>
- Hofkirchner, Wolfgang/Kreowski, Hans-Jörg (Hg.) (2021): Transhumanism. The Proper Guide to a Posthuman Condition or a Dangerous Idea?, Cham: Springer.

IIF (2026): »Global Debt Surges as Governments Invest in National Security and Resilience«, in: Global Debt Monitor, February 25, 2026. https://www.iif.com/LinkClick.aspx?fileticket=tEhCooymVlM%3D&portalid&_cldee=N8ZPGpI7WDrCCk_n-FMWOxzwWmNL-iAwxwFa9uKMHWSmwPzE4yR3So7p5mivaYJn&recipientid=contact-670839935f28ec118of80ood3aoee828-b219187742fa48ae9e6af3d345d68dca&utm_source=ClickDimensions&utm_medium=email&utm_campaign=Press%20Emails&esid=775ea209-5a12-f111-8406-0022482de504

Les Convivialistes (2014): Das konvivialistische Manifest. Für eine neue Kunst des Zusammenlebens. Herausgegeben von Frank Adloff und Claus Leggewie in Zusammenarbeit mit dem Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research Duisburg, Bielefeld: transcript.

Les Convivialistes (2025): Convivialisme ou Barbarie. Le Nouveau Manifeste Convivialiste, Carignan-de-Bordeaux: Le Bord de l'Eau.

Michael, Luisa (2019): Wir sollten uns vertrauen. Der Aufstand in Gelben Westen, Hamburg: Nautilus.

Morin, Edgar (1974): Das Rätsel des Humanen. Grundfragen einer neuen Anthropologie, München: Piper.

Nakajima, Takahiro (2019): »Human Co-becoming«, in: Hitachi Review Archives, November 2019. <https://www.hitachihyoron.com/rev/column/ei/volo7/index.html>

Song, Bing/Zhan, Yiwen (Hg.) (2024): *Gongsheng Across Contexts. A Philosophy of Co-Becoming*, Singapore: Palgrave Macmillan. <https://link.springer.com/book/10.1007/978-981-99-7325-5>

statista (2026): Weltweites Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen von 1980 bis 2024 und Prognosen bis 2030. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/159798/umfrage/entwicklung-des-bip-bruttoinlandsprodukt-weltweit/> vom 20.01.2026.

Nachwort

Zusammenleben als Zukunftsstrategie

Werner Wintersteiner und Wilfried Graf

»Der Konvivialismus ist ein Leitgedanke, ohne den es keine Zivilisationspolitik geben kann.«¹
Edgar Morin

Der Konvivialismus – ein Denkanstoß in Bewegung

Es ist kein Zufall, dass die Website der konvivialistischen Bewegung ausgerechnet ein Zitat von Edgar Morin als ihr Motto gewählt hat. Denn was Alain Caillé und die konvivialistische Bewegung seit 2013 in drei Manifesten erarbeitet haben, ist im Kern das, was Edgar Morin – Denker der Komplexität, Chronist des zwanzigsten Jahrhunderts, unermüdlicher Mahner vor dem planetaren Abgrund – in seinem Buch *Hei-*

¹ Zitiert nach: <https://convivialisme.org/archive/textes.html>

matland Erde bereits 1993 als die große ungelöste Aufgabe der Menschheit benannt hat: Wie können wir zusammenleben, ohne uns gegenseitig zu vernichten.

Die Frage klingt einfach. Sie ist es nicht. Sie ist die schwierigste politische Frage unserer Zeit – und vielleicht aller Zeiten. Kriege, der nachlässig-technologische Umgang mit der Klimakatastrophe, das Wiederaufflammen von Autoritarismus und imperialem Denken: All das sind im Kern Antworten auf diese Frage – falsche Antworten, zerstörerische Antworten, aber Antworten. Der Konvivialismus ist die andere Antwort. Nicht die naive, nicht die utopisch-illusionäre im schlechten Sinne – sondern die, die aus der Tiefe der menschlichen Erfahrung schöpft und gleichzeitig den Ernst der Lage nicht beschönigt.

Das *Dritte Manifest* trägt diesen Ernst bereits im Titel: *Konvivialismus oder Barbarei*. Die Formel ist bewusst gewählt – sie erinnert an Rosa Luxemburgs Warnung aus dem Ersten Weltkrieg wie auch an Castoriadis' und Leforts antistalinistischen Aufschrei in den 1950er Jahren. Und sie macht deutlich: Wir stehen wieder an einem solchen Punkt. Wir müssen uns entscheiden.

Was dieses Manifest von seinen Vorgängern unterscheidet, ist nicht nur die Schärfe der Diagnose, sondern die Dringlichkeit der Frage nach Handlungsmöglichkeiten. Wie kann eine Bewegung, die das gemeinsame Leben zum Programm erhebt, in einer Welt wirken, die gerade dabei ist,

auseinanderzufallen? Wie lässt sich Konvivialität nicht nur denken, sondern *praktizieren* – in Konflikten, in Gesellschaften, die von Gewalt und Misstrauen durchzogen sind?

Diese Fragen sind nicht neu für uns. Wir schreiben dieses Nachwort aus der Perspektive von Menschen, die seit Jahrzehnten in Konfliktzonen und mit Konflikten arbeiten – in gespaltenen Gesellschaften, zwischen verfeindeten Gemeinschaften, in Räumen, wo das Zusammenleben nicht selbstverständlich ist, sondern täglich neu erkämpft werden muss. Diese Erfahrung hat uns zum Konvivialismus geführt – oder vielmehr: der Konvivialismus hat uns eine Sprache gegeben für das, was wir in dieser Arbeit immer wieder erlebt haben. Dass Menschen, auch unter extremen Bedingungen, fähig sind zur kooperativen Öffnung. Dass Konflikt und Zusammenleben keine Gegensätze sind. Dass Frieden kein Zustand ist, sondern ein Prozess – eine Praxis des gemeinsamen Lebens, die immer wieder neu beginnt.

Morins Eintreten für den Konvivialismus ist in diesem Licht mehr als ein prominentes Zitat. Es ist der Hinweis, dass zwei sehr verschiedene Denkwege – Caillés antiutilitaristische Gesellschaftsphilosophie und Morins Theorie der Komplexität und Metamorphose – zum selben Horizont führen: zu einer Welt, in der die Überwindung von Gewalt nicht Ausnahme, sondern Grundprinzip des Zusammenlebens ist. Das *Dritte Manifest* steht an der Schwelle zu diesem Horizont. Dieses Nachwort möchte zeigen, was dahinter liegt.

WAS MEINT KONVIVALISMUS?

Der Konvivialismus ist keine neue theoretische Denkschule und keine politische Partei. Er versteht sich vielmehr als eine intellektuelle Bewegung auf der Suche nach einer radikalen Alternative zu den gegenwärtigen Gesellschaftsformen und Lebensweisen. Ihm geht es nicht nur um Analyse und Kritik, sondern vor allem um Erkenntnis und Aufbruch. Er benennt genau, wovon wir uns trennen sollten, und tritt doch für Einheit und Zusammenschluss ein. Die Bewegung ist in Frankreich entstanden, aber mit einem kosmopolitischen Anspruch und einer weltweiten Anhängerschaft. Seine Vertreter*innen äußern sich nicht in Direktiven, sondern in Manifesten. Die Konvivialist*innen wollen nicht andere anleiten, sondern überzeugen. Ihr Ausgangspunkt für den Dialog mit anderen ist, dass sie selbst Rechenschaft über ihr Wollen und Tun ablegen.

Die Konvivialistische Bewegung hat keine Führung, doch sehr wohl Menschen, die inspirieren. Ihre Aussagen sind nicht in Stein gemeißelt, sondern als Vorschläge formuliert. Selbst die Texte der Manifeste sind fluid. Die (leichten) Unterschiede zwischen der französischen Erstfassung, die kein Original sein will, und der englischen wie auch der deutschen Version im hier vorliegenden *Dritten Manifest* zeugen davon.

Der Konvivialismus folgt keiner einzelnen und einzigen Ideologie, sondern erhebt den Synkretismus zum Programm. Doch es ist kein blinder Synkretismus, der alles mit allem vermischt. Es ist vielmehr die Suche nach positiven Aspekten in allen Ideologien,

Weltanschauungen und Religionen. Der Konvivialismus unterstellt damit allen Menschen die Menschlichkeit. Denn das ist die Basis für ein friedliches, ein konviviales Zusammenleben.

Die konvivialistische Bewegung ist ihrer Natur nach eine Friedensbewegung, auch wenn sie das Wort nicht andauernd im Munde führt. Sie lässt sich aber nicht von der naiven Vorstellung leiten, dass man nur immer und überall ein konviviales Zusammenleben propagieren müsste, um dieses Ziel auch zu erreichen. Der Konvivialismus ist deshalb, wie jede Friedensbewegung, in radikaler Opposition zur herrschenden Gesellschaftsordnung.

Der Konvivialismus ist von der Erkenntnis durchdrungen, dass wir an einem Wendepunkt angelangt sind, und sieht darin eine große Aufgabe:

»Wir müssen heute den Versuch unternehmen, zu verwirklichen, was seit Beginn der Menschheitsgeschichte angestrebt wurde: eine dauerhafte, sowohl ethische, ökonomische, ökologische wie politische Grundlage des gemeinsamen Lebens. Eine Grundlage, die noch nie wirklich gefunden oder aber allzu oft vergessen wurde.« (Les Convivialistes 2014: 49)

Der Konvivialismus ist keine Doktrin, sondern eine Lebensform. Sie beginnt im Privaten und möchte doch eine politische Revolution auslösen. Nein, keine Revolution, keinen Umsturz, sondern eher eine Transformation des Bestehenden, das dadurch eine neue Qualität erlangt. Eine Metamorphose würde Edgar Morin, einer

der prominentesten Vertreter des Konvivialismus, sagen – also die Arbeit am und mit dem Bestehenden, bis es eine neue Qualität erreicht.

Der Konvivialismus ist keineswegs die erste oder die einzige Bewegung mit globaler Ausrichtung und einem zutiefst transformativem Ansatz. Was ihn aber auszeichnet (jedoch keineswegs nur ihn) ist die intellektuelle Dimension, die Selbstreflexivität, die Offenheit seines Angebots an andere, auf jeden Fall auch die positive Grundhaltung und damit die Zukunftshoffnung. In der Selbstbeschreibung im *Zweiten Manifest* heißt es, der Konvivialismus sei eine

»Kunst des Zusammenlebens (con-vivere), die Beziehungen und Zusammenarbeit würdigt und es ermöglicht, einander zu widersprechen, ohne einander niederzumetzeln, und gleichzeitig füreinander und für die Natur Sorge zu tragen. Es geht auch darum, einander zu widersprechen, denn es wäre nicht nur illusorisch, sondern auch verhängnisvoll, eine Gesellschaft errichten zu wollen, die die Konflikte zwischen Gruppen und Individuen ignoriert.« (Die konvivialistische Internationale 2020: 35)

Die vielen Herkunftse des Konvivialismus

Konvivialismus und *Konvivialität* sind schillernder Begriffe und gerade das macht ihre Stärke aus. Konvivialismus oszilliert mühelos zwischen dem Sozialen und dem Politischen, aber er reicht durch sein Bestehen auf dem Guten Leben weit darüber hinaus. Vielleicht ist sein elementarster Grundgedanke, oder zumindest sein stärkster Impuls, ein verantwortungsvoller Hedonismus.

So ist es vielleicht kein Wunder, dass der Begriff der Konvivialität zum ersten Mal von einem Mann in Umlauf gebracht wurde, der damit vor allem Gastfreundschaft gemeint hat. Aber eine Gastfreundschaft, die er als politische Utopie verstand. Es war Anthelme Brillat-Savarin (1755–1826), der als Erster das gesellige Zusammenleben, die Gastlichkeit, als gesellschaftsverändernde Kategorie interpretiert hat. Er war ein Anhänger der Französischen Revolution, der sich aber dem Terror widersetzte und ins Exil gehen musste; ein Jurist und Epikureer voller Leidenschaft für die Kochkunst; ein Künstler, der sein Geld mit der Violine im New Yorker Theater verdiente; ein hoher Staatsbeamter, der die Wunden der Kriege und Bürgerkriege durch ein freundliches und freundschaftliches Zusammenleben heilen wollte. Sein berühmtestes Buch heißt *Physiologie du Goût* (*Physiologie des Geschmacks*): »Geselligkeit führt nicht zu einer Vereinheitlichung, sondern schafft Harmonie und fördert den sozialen Zusammenhalt;

sie nimmt jeden am Tisch auf, ohne Unterschied des Status oder der sozialen Hierarchie«, so seine Utopie (nach Paquot 2022).

Zwei Jahrhunderte später war es Ivan Illich (1926–2002), der den Konvivialismus tatsächlich zu einer politischen Kategorie erhoben hat. Er schlägt folgende Definition vor: »Konvivialität ist die individuelle Freiheit, die in gegenseitiger und persönlicher Interdependenz verwirklicht wird und als solche einen intrinsischen ethischen Wert hat« (Illich 1972: 324, eigene Übersetzung). Illich nimmt den technischen Fortschritt und den Zwang zu immer mehr Produktivität, angetrieben von einer Wachstumsideologie, aufs Korn. Er warnt davor, dass die technischen Werkzeuge (er erlebt noch den Siegeszug des Personal Computers) den Menschen zu versklaven drohen.

»Unter Konvivialität verstehe ich das Gegenteil von industrieller Produktivität. Jeder von uns definiert sich durch seine Beziehung zu anderen und zur Umwelt sowie durch die tiefgreifende Struktur der Werkzeuge, die er nutzt. Diese Werkzeuge lassen sich in ein Kontinuum einordnen, an dessen beiden Enden das dominierende Werkzeug und das konviviale Werkzeug stehen. Der Übergang von der Produktivität zur Konvivialität ist der Übergang von der Wiederholung des Mangels zur Spontaneität der Gabe.« (Illich 1973: 20–21, eigene Übersetzung)

Somit spricht er sich für eine radikale Transformation aus, ohne die menschliche Gesellschaften keine Zukunft haben:

»Ich glaube, dass wir die industriellen Strukturen radikal ändern und die Gesellschaft von Grund auf neu aufbauen müssen. Um effizient zu sein und die menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen, die es auch festlegt, muss ein neues Produktionssystem wieder die persönliche und gemeinschaftliche Dimension zurückgewinnen.« (Ebd.: 20, eigene Übersetzung)

Damit ist eine ganze Reihe von wichtigen Erkenntnissen, die auch den *konvivialistischen Manifesten* zugrunde liegen, bereits vorweggenommen. Die Diskussion, die 2013 auf Initiative des Philosophen Alain Caillé rund 40 französischsprachige Wissenschaftler*innen und Intellektuelle einbezog und das *Erste Manifest* hervorbrachte, nahm, vor allem in der Vorbereitungsphase, stark auf Illich Bezug, speiste sich aber auch aus anderen Quellen.² Der Text selbst nimmt den Meadows-Bericht über *Die Grenzen des Wachstums* zum Ausgangspunkt. Die Begründung dafür, warum es eine neue Philosophie braucht, wie sie im vorliegenden Manifest formuliert wird, gilt bereits für das *Erste Manifest*:

2 Genauer hat dies Frank Adloff im Vorwort zur deutschen Ausgabe des ersten Manifests, *Konvivialismus – zum Hintergrund einer Debatte*, herausgearbeitet und dargestellt (Adloff 2014).

»Die politischen Ideologien der westlichen Moderne sind nicht tot, aber sie erweisen sich als zu erschöpft, um unsere Gegenwart erklären zu können, ganz zu schweigen von der Zukunft. Auch tendieren sie zur Geringschätzung nicht-westlicher Traditionen und versagen dabei, die Endlichkeit der planetaren Ressourcen in Betracht zu ziehen.« (Siehe in der »Einleitung – Eine Rückschau« des vorliegenden Manifests)

Die drei Manifeste sprechen viele aktuelle Konfliktlinien an, aber keineswegs alle. Das ist kein Defizit, sondern drückt bestimmte Schwerpunktsetzungen aus. Und der Konvivialismus ist eine lebendige Bewegung, das heißt er ist in Entwicklung begriffen. Der Vergleich der drei bislang vorliegenden Manifeste macht die Fortschritte in der Perspektive und in der Reichweite deutlich. Das *Zweite Manifest* wurde von einer wesentlich breiteren und tatsächlich internationalen Unterstützungsgruppe getragen, die sich nun auch *Konvivialistische Internationale* nennt, darunter Namen wie Edgar Morin, Noam Chomsky, Bruno Latour, Wendy Brown, Hartmut Rosa, Fabienne Brugère, Philippe Descola oder Chantal Mouffe. Der politisch deutlich pointiertere Untertitel, *Für eine post-neoliberale Welt*, ist Ergebnis der lebhaften Debatten, die mit dem *Ersten Manifest* angestoßen worden waren.³ Entscheidend ist aber die konzeptionelle Weiterentwicklung.

3 <https://convivialisme.org/2020/05/29/convivialisme-discours-politique/>

Die Prinzipien der *gemeinsamen Menschheit*, der *gemeinsamen Sozialität*, der *Individuation* und des *kreativen Konflikts* von 2014 wurden 2020 um das Prinzip der *gemeinsamen Natürlichkeit* ergänzt. Die politische Ökologie wurde als ebenso wesentliche ideologische Strömung anerkannt. Was nach der gleichen Logik hinzugefügt wurde und den Konvivialismus zwar nicht einzigartig, aber wohl besonders anschlussfähig an indigene und postkoloniale Ideen macht, ist die starke Betonung der *Hybris*, der »Mutter aller Bedrohungen« (Die konvivialistische Internationale 2020: 33). Die Beherrschung der Maßlosigkeit, die Eindämmung der Grenzenlosigkeit des Machtstrebens wie auch des Besitzstrebens »ist in Wirklichkeit ein Metaprinzip, das Prinzip aller Prinzipien. Es durchdringt alle anderen und muss ihnen als Regulativ und Sicherung dienen« (ebd.: 42).

Die fünf Prinzipien finden sich seit jeher in unterschiedlichen Traditionen, Ideologien und Denkschulen, und sie werden nun synkretistisch zusammengeführt. Es wäre müßig, all die Fäden, die hier miteinander verknüpft wurden, im Einzelnen zu identifizieren. Aber eine Inspirationsquelle soll besonders hervorgehoben werden, deren Bedeutung auch deshalb so wichtig zu sein scheint, weil sie selbst bereits eine wichtige Synthese vieler Ideen darstellt. Gemeint ist Edgar Morins bereits erwähntes Manifest *Heimatland Erde*, das – gestützt auf eine historisch fundierte Kritik an der realen Entwicklung wie auch der abendländischen Denkwei-

se – eine kosmopolitische, gesellschaftskritische und ökologische Perspektive entwickelt. Es ist der Vorschlag für eine zukunftsfähige Gesellschaftsordnung und Kultur, die auch die Forderung nach einer Reform des Denkens enthält:

»Die Menschheit ist eine planetare und biosphärische Einheit. Der Mensch ist gleichzeitig natürlich und weist doch über die Natur hinaus, er wurzelt in der lebenden und physikalischen Natur, tritt jedoch aus ihr heraus und differenziert sich von ihr durch seine Kultur, sein Denken und sein Bewußtsein. Spalterische Denkprozesse, die alles Globale fragmentieren, vernachlässigen von Natur aus das anthropologisch Komplexe und den planetaren Kontext. Doch reicht es nicht aus, das Banner des Globalen zu schwenken: Man muß die Elemente des Globalen in komplexer organisatorischer Artikulation in einen Zusammenhang bringen, man muß dieses Globale selbst kontextualisieren. Die notwendige Reform des Denkens zielt auf ein kontextbezogenes und komplexes Denken.« (Morin/Kern 1999: 181–182)

Was will das *Neue Manifest*?

Das *Neue Manifest*, 2025, nur fünf Jahre nach dem *Zweiten Manifest* erschienen, musste auf eine neue weltpolitische Situation reagieren, in der sich die schon länger bestehenden Konflikte massiv zugespitzt haben und neue Konflikte in

den Vordergrund getreten sind. Stichworte wie der russische Angriff auf die Ukraine, die Eskalation im Nahen Osten seit Oktober 2023, die Politik der Trump-Regierung, aber auch Herausforderungen wie die Art, wie Künstliche Intelligenz eingesetzt wird, mögen als Andeutung genügen.

Das *Neue Manifest* ist dementsprechend in einem Ton erhöhter Dringlichkeit verfasst und es ist ihm stärker als früher daran gelegen, zwar keine tagespolitischen, aber doch langfristige Auswege aufzuzeigen, neue Bündnisse vorzuschlagen und weitere Aufgabenfelder zu erschließen. Was Adloff und Costa in ihrem Nachwort bereits dem *Zweiten Manifest* bescheinigen, nämlich es sei »vom Interesse geleitet, Möglichkeiten für transformative Einmischungen nachzuzeichnen« (Adloff/Costa 2020: 119), gilt noch viel mehr für das *Dritte Manifest*. In seinem Stil, in seiner Positionierung, in seiner Konkretheit wirkt es weniger wie ein neues Grundsatzdokument als wie ein Kommentar, der wichtige Punkte der beiden ersten Manifeste aufgreift, weiterdenkt und zuspitzt. Es bietet zu jedem der fünf Prinzipien der ersten beiden Manifeste eine genauere Einschätzung der aktuellen Herausforderungen und entwickelt auf dieser Basis politische Zielsetzungen. Schon in den Eingangssätzen heißt es mit aller Dramatik, das Manifest »soll dazu beitragen, eine Dynamik auszulösen. Eine Dynamik des Überlebens« (siehe im »Prolog« des vorliegenden Manifests).

In dieselbe Kerbe schlägt auch der Titel *Konvivialismus oder Barbarei*. Er ist Programm, das klarmacht, was viele ah-

nen und was auch etliche andere soziale Bewegungen aussprechen: Wenn die Menschheit, besser: diejenigen, die derzeit an den Schalthebeln der Macht sitzen, so weitermachen wie bisher, ist die Zukunft der Gattung Mensch, das, was uns am Menschsein wichtig und wertvoll ist, ernsthaft gefährdet – ökonomisch, ökologisch, als Atomkriegsgefahr, in Bezug auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und auf unsere kulturellen Errungenschaften usw. Diese Problematik hat eine strukturelle und kulturelle Tiefendimension, sie kann daher nicht alleine auf der Ebene der Politik gelöst werden – hier greift der ganzheitliche Ansatz des Konvivialismus.

Die Formulierung *Konvivialismus oder Barbarei* lehnt sich an den in der französischen Linken sehr bekannten Slogan *Sozialismus oder Barbarei* an. *Socialisme ou barbarie* war von 1949 bis 1967 der Name einer antistalinistischen marxistischen Organisation in Frankreich und ihrer gleichnamigen Zeitschrift, gegründet von Cornelius Castoriadis und Claude Lefort. Die Formel *Sozialismus oder Barbarei* selbst geht aber auf Rosa Luxemburg zurück, die diese auf Basis einer Äußerung von Friedrich Engels in ihrer Schrift *Die Krise der Sozialdemokratie* (*Junius-Broschüre*) von 1916 geprägt hat. Auch wenn die Situation zur Zeit des Ersten Weltkriegs oder in den 1950er Jahren sich gründlich von der heutigen unterscheidet, das Gefühl, an einem entscheidenden welthistorischen Punkt zu stehen, wo der Rückfall in schlimmere Verhältnisse droht, aber auch die Chance auf einen qualitativen Sprung

in Richtung Zivilisierung besteht, ist das gleiche. Und heute, wo die ökologischen Gefährdungen so groß wie nie sind, ist die Erkenntnis eines Kreuzungspunkts der Geschichte wohl plausibler denn je.

Schwerpunkte und Streitpunkte – drei kritische Konzepte des Konvivialismus

Hier soll auf drei wesentliche Aspekte, mit denen sich alle drei Manifeste beschäftigen, genauer eingegangen werden: die Frage der Interdependenz, des Kosmopolitismus und des Friedens. Ihnen kommt theoretisch wie auch praktisch-politisch eine große aktuelle Bedeutung zu, und sie hängen, wie zu zeigen sein wird, auch eng miteinander zusammen.

Interdependenz, Macht, Konflikt und Freiheit

Interdependenz-Diskurse finden sich in zahlreichen Sozial-, Wirtschafts- und Naturwissenschaften und sie können ganz allgemein als ein Schritt hin zu einem höheren Grad an Komplexität in der Erfassung der (natürlichen und sozialen) Wirklichkeit verstanden werden. Dennoch unterscheidet sich die Bedeutung bzw. die ideologische Perspektive des Interdependenzbegriffs in der Ökologie, den Wirtschaftswissenschaften, in den Internationalen Beziehungen oder den Friedenswissenschaften sehr deutlich.

Die Erkenntnis der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen den Menschen wie auch zwischen Mensch und »Natur«, wie sie bereits in Edgar Morins Essay von 1993, *Heimatland Erde* (Morin/Kern 1999), ausführlich dargestellt wurde, ist ein charakteristischer Grundgedanke des Konvivialismus. *Deklaration der Allgemeinen Interdependenz* ist denn auch bereits der Untertitel der Originalausgabe des *Ersten Manifests*. Im *Zweiten Manifest* wird noch deutlicher herausgearbeitet, dass sich diese Interdependenz nicht nur auf die Menschen untereinander bezieht, sondern dass unser Schicksal mit dem der gesamten Natur »verknüpft ist, dass wir in einer Beziehung der Interdependenz mit ihr leben und dass wir, wenn wir sie erschöpfen, unser eigenes Überleben aufs Höchste gefährden, wie schon seit langem die politische Ökologie begreiflich macht« (Die konvivialistische Internationale 2020: 47). Daher werden die vier ursprünglichen Prinzipien, wie bereits ausgeführt, um das *Prinzip der gemeinsamen Natürlichkeit* ergänzt und die Notwendigkeit der Bekämpfung der *Hybris* wird zentral verankert. Mit diesem Schritt zur Überwindung des Anthropozentrismus bewegt sich der Konvivialismus auf der Höhe der Zeit, denn das »von den europäischen Imperien und vom Kapitalismus geschaffene Zeitalter des *rein* Globalen [...] ist jetzt vorbei. Wir leben am Scheitelpunkt von Globalem und Planetarischem« (Chakrabarty 2022: 344). Hier wird, wie gesagt, ein Prinzip postuliert und es entspricht nicht dem Charakter eines Ma-

nifests, die genaue Funktionsweise dieses Prinzips darzustellen. Das hier wirklich Wesentliche ist der Widerspruch zu einem Menschenbild, das die Menschen als autonome Individuen versteht, die sinnvollerweise und mit voller Berechtigung nur ihre eigenen solipsistischen Ziele verfolgen und dabei weder auf andere Menschen noch auf die Umwelt Rücksicht nehmen.

Dennoch gibt es auch gewichtige Einwände, die sich wohl nicht so sehr gegen die Idee der Interdependenz als gegen gewisse Ausformungen von Interdependenztheorien richten. Die Kritik lautet, dass das Postulat der Verflechtung und Wechselseitigkeit im gesellschaftlichen Sinn naiverweise positiv aufgeladen daherkommt, weniger als Beschreibung eines Faktums, sondern eher als Darstellung eines Idealzustands. Dabei bleiben Fragen, unter welchen Macht- und Eigentumsverhältnissen diese Interdependenzvorgänge vonstattengehen, unbeantwortet bzw. die Bedingungen für die Möglichkeit gerechter Wechselseitigkeit werden nicht untersucht.

In eine ähnliche Kerbe schlägt auch die Kritik am Konvivialismus selbst. Sérgio Costa, ein aktiver Vertreter des Konvivialismus, hat 2019 in einer Studie über die vorherrschenden Konvivialismus-Diskurse festgestellt, dass nahezu alle Beiträge die Interdependenzen hervorheben und zugleich »dazu tendieren, die Dimension der Kooperation (zeitweise auch der Symbiose), die der Konvivialität inhärent ist, zu be-

tonen« (Costa 2019: 13, eigene Übersetzung)⁴. Konflikt komme zwar als empirisches Faktum vor, werde aber mit wenigen Ausnahmen nicht theoretisch in das jeweilige Konzept des Konvivialismus einbezogen.

Aus dieser Perspektive betrachtet, läuft der Konvivialismus immer Gefahr, gewissermaßen die normativ aufgeladene Zuspitzung dessen zu werden, was Interdependenztheorien analytisch beschreiben wollen – nämlich dass Wechselseitigkeit und Verflechtung immer gut und stabilisierend seien.

Es ist also wesentlich, sowohl die Konflikthaftigkeit sozialer Beziehungen als auch von Mensch-Natur-Beziehungen vor Augen zu haben und immer beide Aspekte zu berücksichtigen – den Konflikt und die Verständigung und Kooperation. Diese Gegensätze sind nicht als eine Einheit zu verstehen – als eine dialektisch präfigurierte Synthese im Sinne Hegels –, sondern als ständig neu herzustellende und immer nur vorübergehende Balance der miteinander interagierenden Elemente, deren Wechselspiel überraschende und unvorhersehbare Ergebnisse zeitigt, im Sinne der Komplexitätstheo-

4 »This normative bias in favour of ›good conviviality‹ explains, at least in part, an important theoretical and analytical deficit found in the discussions about conviviality in the various fields of knowledge: the lack of attention to inequalities. It is not that inequalities are not mentioned. They emerge in various studies. They appear, however, as an empiric finding. Except for few exceptions, there is no conceptual elaboration about inequalities and their meaning for convivial relations.« (Costa 2019: 14)

rie Edgar Morins. Aus friedenswissenschaftlicher Sicht ist diese Balance kein Selbstläufer – sie entsteht durch konkrete Prozesse der Konflikttransformation: durch das Anerkennen von Verletzungen, das Aushandeln von Interessen und den schrittweisen Aufbau von Vertrauen.

Recht betrachtet, ist die Erkenntnis der Interdependenz eine der wichtigsten Erkenntnisse des Konvivialismus. Sie ist auch eng verbunden mit einer Kritik des liberalen Verständnisses von Freiheit, das einen Gegensatz von Interdependenz und Freiheit konstruiert. Es ist, wie Frank Adloff argumentiert, ein Freiheitsbegriff »ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl oder die sozialen Bedingungen gelingender Selbstbestimmung« (Adloff 2025: 200). Und er setzt fort: »Angesichts der ökologischen Verheerungen, die als Antwort dringend eine gesellschaftliche Selbstbeschränkung benötigen, bedarf es einer Revision dieses reduzierten Freiheitsverständnisses« (ebd.). Da Menschen eben für ihre schiere Existenz auf andere und auf entsprechende Naturbedingungen angewiesen sind, verfehlt der individualistische Freiheitsbegriff die Realität. »Erst in kooperativen Praktiken und wechselseitiger Anerkennung kann Freiheit wirklich werden – indem wir unsere Ziele in Abhängigkeit von anderen verwirklichen« (ebd.).

Ein analoger Vorwurf der Blindheit gegenüber Machtverhältnissen wird häufig all denen gegenüber geäußert, die sehr allgemein die Begrifflichkeit ›der (gemeinsamen) Mensch-

heit« verwenden, wie es auch der Konvivialismus und gerade auch das *Neue Manifest* tun. Die Kritik macht sich an einem häufig tatsächlich reduktionistischen Anthropozän-Diskurs fest, der aus seiner Vogelperspektive alle Unterschiede der Menschengesellschaft ignoriert. Die Kritiker*innen wenden dagegen ein, dass die Zerstörung der Biosphäre nicht das Werk ›der Menschheit‹ ist, sondern das der reichsten Klassen und reichsten Völker. Und oft wird deshalb bereits der Begriff des Anthropozäns als irreführend abgelehnt.

Diese Kritik ist berechtigt, solange sie auf der Notwendigkeit besteht, Klassenspaltungen und Machtverhältnisse zu berücksichtigen, aber sie wird einseitig und falsch, wenn sie die Notwendigkeit bestreitet, auch die Menschheit als ganze in den Blick zu nehmen. Dipesh Chakrabarty, ein prominenter Vertreter der *Subaltern Studies*, thematisiert diesen Konflikt: »Die Aufgabe einer historischen Einordnung der Klimakrise verlangt also, dass wir intellektuelle Formationen zusammenbringen, die sozusagen in einem ziemlichlichen Spannungsverhältnis zueinander stehen: Planetarisches und Globales, Tiefenhistorie und überlieferte Geschichte, speziesbezogenes Denken und Kapitalkritik« (Chakrabarty 2022: 70).

Ein Hindernis für das neue Denken, so führt er weiter aus, bestehe darin,

»dass ein Großteil des zeitgenössischen Denkens an einer ganz bestimmten Deutung ›des Politischen‹ festhält, obwohl uns

möglicherweise gerade seine Neugestaltung aufgegeben ist. Dieses Festhalten dient als ängstlicher und besorgter Vorbehalt, das Geobiologische zu denken, damit wir am Ende nicht das Politische als solches ›anästhetisieren‹ oder ›lähmen‹. Das Politische (und unsere Forderungen nach Gerechtigkeit zwischen den Mächtigeren und den nicht so Mächtigen) aufzugeben, kann der Mensch sich nicht leisten, aber angesichts der Notlage, in der die Menschheit sich befindet, müssen wir es in einen anderen Zusammenhang stellen. Bisher ist das politische Denken humanozentrisch gewesen [...]. Bei unserer Sorge um Gerechtigkeit darf es nicht mehr allein um den Menschen gehen, aber wir wissen noch nicht, wie wir dieses Anliegen auf das Universum nichtmenschlicher Wesen (d. h. nicht gerade weniger Arten) ausweiten sollen.« (Ebd.: 302)

Konkret plädiert er dafür, über die klassische Kapitalismuskritik hinaus zu gehen:

»Die Globalisierungsproblematik erlaubt uns lediglich, den Klimawandel als kapitalistische Managementkrise zu verstehen. [...] aber eine Kritik, die bloß das Kapital kritisiert, reicht nicht aus, um auf Fragen im Zusammenhang mit der menschlichen Geschichte einzugehen [...].« (Ebd.: 68)

Dies hat ihm wiederum die Kritik aus einer klassisch-marxistischen Perspektive eingetragen. So werfen ihm Ulrich Brand

und Markus Wissen vor: »In ihrem Anspruch, ›speziesbezogenes Denken und Kapitalkritik‹ zusammenzubringen, schlägt Chakrabartys Argumentation trotz der vielen guten Einsichten, die seine Arbeiten ermöglichen, immer wieder in Richtung Spezies aus« (Brand/Wissen 2024: 89). Dem kann man nur mit Chakrabarty selbst antworten. Er tritt dafür ein, den »Gegensatz zwischen Lumpers/Verfechter:innen des Eine-Welt-Denkens und Splitters/Vertreter:innen des Postkolonialismus« (Chakrabarty 2022: 37) von beiden Seiten her zu überwinden, also jenen, die nur die ökologische Bedrohung sehen, die untrennbare Verbindung zu sozialen Fragen klarzumachen; und jene, die meinen, zuerst müssten alle Ungerechtigkeiten beseitigt werden, bevor die gemeinsame Menschheitsaufgabe der Erhaltung der Biosphäre angegangen werden kann, von der Notwendigkeit überzeugen, beide Aufgaben gleichzeitig anzugehen. Das ist auch der Weg, den die Konvivialist*innen wählen. Während das *Neue Manifest* immer dort, wo es um die planetare Ebene geht, den Begriff der Menschheit verwendet, geht es im Kapitel I, »Ökonomische und ökologische Herausforderungen«, genau auf die strukturell bedingten weltweiten ökonomischen Ungleichheiten ein und es stellt entsprechende politische Forderungen, die soziale Gerechtigkeit und Abwehr der Klimakrise miteinander verbinden (siehe im vorliegenden Manifest).

Kosmopolitismus, Weltstaatlichkeit, Global Citizenship

Der Konvivialismus, wie ihn die Manifeste vorschlagen, vertritt ein dezidiert kosmopolitisches Anliegen, es ist allerdings ein Kosmopolitismus, der nicht anthropozentrisch sein will, sondern das Eingebettetsein der Menschengesellschaft in die gesamte Natur immer mitberücksichtigt – ganz im Sinne von Edgar Morins *Heimatland Erde*. Das *Dritte Manifest* geht also von einer Kombination von *Global* und *Planetary Citizenship* aus, auch wenn es sich nicht dieser Terminologie bedient. Sein Kosmopolitismus wird freilich nicht in Form eines Bekenntnisses vorgetragen, sondern er durchzieht jedes einzelne Prinzip, jede konkrete Analyse und jede politische Forderung.

Kosmopolitische Unternehmen können auf drei Ebenen vorgebracht werden, oft ist es auch eine Kombination dieser Ebenen, wobei den positiven Konzepten immer eine Kritik an den Unzulänglichkeiten der Gegenwart zugrunde liegt:

- als Denkweise und Philosophie, die von der Einheit der Menschheit ausgeht und sich gegen den methodischen Nationalismus richtet, wobei traditionell westliche und dekoloniale Konzepte zu unterscheiden sind;
- als Unternehmen, das an einer Transformation aller Lebensbereiche in Richtung einer global verträglichen und nachhaltigen Lebensweise arbeitet und dazu auch Konzepte für eine politische Organisation der Weltgesell-

schaft erörtert, etwa im Sinne von Heikki Patomäkis *World Statehood* (2024);

- als konkrete Schritte, um globale Netzwerke zu schaffen, in denen sich alle, die an einer Veränderung arbeiten, untereinander austauschen und zu gemeinsamen Zielsetzung kommen können, wie etwa das *World Social Forum*.

Das *Neue Manifest* thematisiert alle drei Ebenen, aber es zeichnet sich dadurch aus, dass es diesmal der dritten Thematik große Aufmerksamkeit schenkt. Es möchte keine Blaupause einer künftigen Weltgesellschaft bieten, sondern es beschäftigt sich mit dem vorgelagerten Problem der Bewusstseinsbildung. Die grundlegende Fragestellung lautet hier: »Wie kann die Menschheit ein Bewusstsein ihrer selbst entwickeln?« (Siehe im »Prolog« des vorliegenden Manifests).

Dazu schlägt das Manifest den globalen Dialog mit allen kritischen und oppositionellen Stimmen vor und bietet sich selbst als Diskussionsbeitrag an. Es betont die Notwendigkeit, insbesondere den Globalen Süden einzubeziehen, ohne dass solche Ansätze bereits ausreichend in das Manifest integriert wären. Aber das ist vielleicht gar nicht nötig, solange nur ein vielfältiger Dialog tatsächlich zustande kommt.

Konkret macht das Manifest einen Vorschlag, der an die Vorgangsweise des Dialogs zwischen den Kulturen der Vereinten Nationen (vgl. das Internationale Jahr des Dialoges der Kulturen 2001) erinnert, nämlich,

»einige der bekanntesten und daher einflussreichsten intellektuellen, moralischen, wissenschaftlichen und religiösen Persönlichkeiten zusammenzubringen, welche die Traditionen, die den verschiedenen Kulturräumen der Welt zu eigen sind, und zugleich den langen Fortschritt des menschlichen Denkens repräsentieren. Jede von ihnen kann als Hüterin und Ergebnis einer jahrhundertelangen Reflexion angesehen werden. Einer Reflexion über die Mittel, Gewalt zu verhindern, den Kampf aller gegen alle zu vermeiden und die Zerstörung des Planeten zu beenden.« (Ebd.)

Von einem solchen Appell von führenden Intellektuellen aller Welt erwartet sich das Manifest so viel moralische Autorität, dass daraus neue Impulse und vielleicht sogar neue Organisationsformen erwachsen, die die gesamte Menschheit umfassen. Das mag sehr kühn oder gar illusorisch klingen, und doch ist dieser Vorschlag wohl als ein Wiederanknüpfen an die guten Praktiken in den Gründungsjahren der Vereinten Nationen zu sehen, als ebenfalls »Weisenräte« mit der Ausarbeitung der *Charta* und wenig später der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* betraut wurden, zumal ja dieses neue Dokument, eine *Deklaration der generellen Interdependenz*, der *Menschenrechtserklärung* zur Seite gestellt werden soll.

Freilich kann hier schnell der Einwand erhoben werden, dass dies ein rein westlich geprägter Vorschlag sei. Nicht nur würden die Strukturen, in denen gearbeitet werden sollte, durch den stummen Zwang der Verhältnisse den Globalen

Norden (oder Westen) bevorzugen, auch bereits der Vorschlag selbst entspräche einer universalisierenden typisch westlichen Denkungsart.

Unsere Bedenken sind etwas anderer Natur. Ein solcher Prozess wäre nachhaltiger, wenn er an bestehenden Foren und Netzwerken anknüpft – ergebnisoffen, auf längere Sicht angelegt und bereit, den Dialog vor das Dokument zu stellen.

Es ist nicht zu erwarten, dass sich andere einfach der konvivialistischen Bewegung anschließen werden, doch es ist zu hoffen, dass die Manifeste einen starken Impuls dafür bieten, einen breiten Austauschprozess einzuleiten. Das imposante Wachstum der Bewegung seit dem *Ersten Manifest* gibt Anlass zu dieser Hoffnung. Dennoch sollte man sich auf einen längeren Verständigungsprozess einstellen, der zunächst gemeinsame Prioritäten herausarbeiten könnte, und damit auch gemeinsame Aktionen und Handlungsoptionen. Eine *Erklärung der allgemeinen Interdependenz* wäre so ein mögliches Produkt, neben etlichen anderen.

Ohne diesen Umstand kritisieren zu wollen, ist es doch eine Tatsache, dass die heutige konvivialistische Bewegung eine zunächst westliche Initiative ist, die aber bereit ist, das westliche Denken und die westliche Politik in Frage zu stellen. Damit ist eine wichtige Voraussetzung für einen Dialog mit nicht-westlichen Ideologien, Narrativen, Theorien geschaffen. Nun ginge es darum, diesen Dialog in all seiner Vielseitigkeit aufzunehmen.

Aber vielleicht ist gerade die Methode, in einem Manifest konkrete Vorschläge zu machen, eben die spezifische Form, Fragen aufzuwerfen und eine Debatte zu initiieren. Dann wäre die relativ apodiktische Forderung nach einem Weisenrat nicht als Schluss der Debatte, sondern als Anstoß zu verstehen, dass es überhaupt zu so einer Debatte kommt. Und das ist auf jeden Fall ein Verdienst.

Konvivialismus als angewandte Friedensphilosophie

Alle genannten Bruchlinien und Streitpunkte – der Umgang mit den Interdependenzen, die Opposition zwischen einem Fokus auf Gesellschaftsklassen bzw. auf der Menschheit insgesamt, der Kosmopolitismus des Westens versus die Kritik der Subalternen – münden in die Frage des Friedens als Philosophie und Praxis des gewaltfreien Umgangs mit Konflikten.

Und damit sind wir auch bei einer zentralen Thematik des Konvivialismus, der Frage der Überwindung von Gewalt. Das *Zweite Manifest* bezeichnet die gesellschaftliche Gewalt als das größte Problem der Menschheit und formuliert das so:

»Wie mit der Rivalität und der Gewalt zwischen den Menschen umgehen? Wie sie dazu bewegen, zusammenzuarbeiten, wobei jede/r das Beste von sich selbst gibt, sodass es möglich wird, einander zu widersprechen, ohne einander niederzumetzeln? Wie lässt sich die heute grenzenlose und potentiell selbstzer-

störerische Anhäufung von Macht über Mensch und Natur verhindern? Ohne eine rasche Antwort auf diese Fragen wird die Menschheit gänzlich oder teilweise untergehen.« (Die konvivialistische Internationale 2020: 34)

Und das Manifest kommt an verschiedenen Stellen immer wieder auf die Thematik der Gewalt zurück. Denn der Konvivialismus schöpft aus allen Lehren, Erfahrungen und Philosophien, die dazu verhelfen können, »die Maßlosigkeit und den Konflikt zu beherrschen, um zu vermeiden, dass sie in unkontrollierbare Gewalt ausarten; alles, was zur Kooperation anregt; sowie alles, was sich zum Dialog und zum Gedankenaustausch im Rahmen einer Diskussionsethik eignet« (ebd.: 39).

Das gesamte konvivialistische Programm ist darauf ausgerichtet, Gewalt zu kontrollieren, hintanzuhalten und zu überwinden. Einer der Gründer der Bewegung, Marc Humbert, drückt das so aus: »Das gemeinsame Leben erfordert den Frieden und das ist eine internationale Frage.« Er zitiert dazu den Ökonomen John Kenneth Galbraith, der betonte, »dass eine gute Gesellschaft eine friedliche Gesellschaft ist und dass dies nur mit einer internationalen Dimension denkbar ist. Für ihn ist der Krieg die unverzeihlichste menschliche Tragödie« (Humbert 2018, eigene Übersetzung).

Was der Konvivialismus anstrebt und die Friedensforschung als *Kultur des Friedens* bezeichnet, ist eine große Vision:

»Heute müssen wir versuchen zu verwirklichen, was seit Beginn der Menschheitsgeschichte angestrebt wurde: eine dauerhafte ethische, ökonomische, ökologische und politische Grundlage für das Gemeinschaftsleben. Eine Grundlage, die nie wirklich gefunden wurde oder zu oft vergessen worden ist.« (Die konvivialistische Internationale 2020: 49)

Dazu ist es notwendig, die zugrundeliegenden Triebkräfte zeitgenössischer gesellschaftlicher Krisen und Konflikte, Gewalt und Krieg zu verstehen. Das *Zweite Manifest* identifiziert zwei primäre Ursachen dafür: den Vorrang eines utilitaristischen, eigeninteressierten Denkens und Handelns und die Verabsolutierung des Glaubens an die fast heilige Macht des Wirtschaftswachstums – basierend auf kapitalistischen und neoliberalen Wirtschaftsstrukturen. Diese Kritik erstreckt sich auf das *Homo oeconomicus-Modell* der Menschheit, das soziale Beziehungen ökonomisiert und sie einer strengen Logik der Profitmaximierung unterwirft, was zu Entfremdung und Überkonsum führt.

Aus der Perspektive der Friedensforschung (Graf/Wintersteiner 2016) müssen noch weitere Faktoren genannt werden: Zunächst einmal gibt es die tiefere Dimension der Zivilisation der Gewalt, die nicht als reflexhafte Reaktion auf wirtschaftliche Bedingungen verstanden werden sollte, sondern als unabhängiger Faktor, älter und tiefer als der Kapitalismus selbst. Ein wesentlicher Aspekt davon ist die Verbindung

zwischen Krieg, Militarismus und Patriarchat (vgl. Reardon 1985). Ein weiterer verwandter Faktor ist das historische Erbe von Imperialismus und Kolonialismus und der noch immer vorherrschende neo-koloniale Denkraum von Politik, Kultur und Wirtschaft, der die Haltungen der Länder des Globalen Nordens (des Westens) prägt. Dies zeigt sich auch in der ungleichen Bewertung der Rechte einzelner Staaten und der entsprechenden Anmaßung des Rechts, sich einzumischen, wirtschaftlichen Druck auszuüben und sogar militärisch zu intervenieren. Diese Weltordnung des »liberalen Internationalismus« beruft sich auf Demokratie und Menschenrechte, »westliche Werte«, und stellt dennoch gleichzeitig militärische, wirtschaftliche und politische Dominanz dar, eine Art Pax Romana mit anderen Mitteln und unter anderen Umständen. Dies zeigt sich besonders deutlich an den westlichen Rüstungslieferungen und der Legitimationspolitik im Nahen Osten und an der Rüstungseuphorie, die die Staaten der Europäischen Union erfasst hat.

Angesichts der aktuellen Situation reicht es nicht aus, konkrete Friedensstrategien für einzelne Konflikte zu entwickeln. Vielmehr besteht die erste und wichtigste Aufgabe darin, die Logiken von Sicherheit, Abschreckung und Krieg grundsätzlich abzulehnen, um der Zivilisation der Gewalt entgegenzuwirken und einer Logik des Friedens zum Durchbruch zu verhelfen. Frieden ist ein kultureller Wert, ein gesellschaftliches Interesse, ein menschliches Bedürfnis und

ein Lebensprinzip, das den Aufbau einer machbaren Vision und vieler realistischer Utopien ermöglicht. Positiver Frieden meint mehr als die Abwesenheit von Krieg: Er umfasst den Abbau struktureller Gewalt, die Heilung kollektiver Traumata und den Aufbau von Kulturen gegenseitiger Anerkennung – kurz: Konflikttransformation als gesellschaftliche Daueraufgabe. Eine positive, optimistische und engagierte Alternative ist notwendig, um der Logik der Gewalt entgegenzuwirken, die auf einer Weltanschauung des Todes, der Verzweiflung und der Gleichgültigkeit basiert. In vielerlei Hinsicht ist der Konvivialismus das Programm einer solchen Alternative.

Diese Einsichten gaben auch den Anstoß für die Ausarbeitung eines weiteren Manifests, das 2021 im Rahmen des Friedensforschungsinstituts ASPR (heute: ACP) in Stadtschlaing (Österreich) publiziert wurde und an dessen Entstehung die Autoren dieses Textes maßgeblichen Anteil hatten. Das Manifest *Heimatland Erde. Ein Manifest für planetare Solidarität*, das explizit auf den Konvivialismus Bezug nimmt, identifiziert vier Prinzipien, die als Leitlinien und Voraussetzungen jeden Handelns dienen sollten (ACP 2021):

- eine planetare Ethik
- eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit
- eine konvivialistische Philosophie und Politik
- ein Kosmopolitismus ohne Illusionen

Systemischer Wandel auf planetarischer Ebene wird nicht über Nacht geschehen; vielmehr ist es notwendig, ihn lokal, national und global gleichzeitig mit unzähligen Friedensprojekten zu beginnen. Man könnte von einem wahrhaftigen Exodus aus dem System des Krieges sprechen. Er ist gleichzeitig lokal und global sowie persönlich, gemeinschaftlich und international. Die Verbindung zwischen dem Lokalen und dem Globalen ist überstrukturell: Alle Projekte teilen einen gemeinsamen Geist – das konvivialistische Streben nach einer friedlicheren, gerechteren und gewaltfreieren Welt, dem »Heimatland Erde«. Da sie auch global durch Peer-to-Peer-Netzwerke verbunden sind, ist die Verbindung auch infrastrukturell. Die Projekte sind lokal, aber Forschung und Entwicklung sind global. Während das kurzfristige Ziel darin besteht, Kriege zu beenden und die schlimmsten Auswirkungen von Konflikten durch kollektive Aktion und gemeinschaftsbasierte Lösungen zu mildern, die Teil einer global vernetzten sozialen Bewegung für konvivialistischen systemischen Wandel sind, müssen wir immer das große Ganze im Auge behalten (vgl. auch Wintersteiner/Graf 2021).

Das Manifest als Instrument einer Bewegung

Die Forderung »Le convivialisme doit entrer dans le discours politique« (»Der Konvivialismus muss in den politischen Diskurs Einzug halten«) wurde bereits 2020, anlässlich des Zwei-

ten Manifests, erhoben.⁵ Inzwischen gibt es auch zahlreiche Debatten, deren erste Phase – was den deutschen Sprachraum betrifft – von Frank Adloff und Volker Heins (2015) auch publiziert wurde. Seither ist die internationale Diskussion kaum mehr zu überblicken. Wir plädieren aber dafür, die Diskussion nicht nur mit denen aufzunehmen, die sich zum Konvivialismus bekennen, sondern mit allen, die dem Konvivialismus Wichtiges zu sagen haben – sei es durch ihre grundsätzlichen theoretischen Beiträge, sei es als lebendige intellektuell-politische Bewegung.

Um nur einige Beispiele zu nennen: Besonders interessant erscheint uns die Diskussion mit originellen Überlegungen zur Weltstaatlichkeit, wie sie etwa Heikki Patomäki in seinem Buch *World Statehood* vorgelegt hat; mit Theoretiker*innen der Internationalen Beziehungen, die ganz im Sinne der Manifeste von Fragen ausgehen wie »Why do human communities fight? Why and when do they cooperate? How do they prevent nuclear disaster from annihilating human life? How do we tackle uncontrolled climate change in a world of competing interests and ideas?« (Kurki 2020: 1), und die zugleich den westlichen Universalismus gegen das Konzept eines »relational universe« eingetauscht haben, wie es etwa Milja Kurki in ihrem Buch *International Relations in a Relational Universe* tut; oder mit postkolonial-indigenen Denker*innen, die ganz

5 <https://convivialisme.org/2020/05/29/convivialisme-discours-politique/>

in ihren eigenen bolivianischen Traditionen und lokalen Gegebenheiten verwurzelt, dennoch entscheidende Beiträge zu einer nicht-westlichen Weltsicht leisten, an denen wir nicht vorübergehen können, wie zum Beispiel Silvia Rivera Cusicanqui mit ihrem Buch *Ch'ixinakax utxiwa*.

Ebenso wichtig erscheinen uns Kontakte mit der Vielzahl planetar ausgerichteter Friedensinitiativen – von der *Great Transition Initiative* und dem *World Social Forum* bis zu indigenen und faith-based Initiativen, global orientierten Wissenschaftler*innen, sozialen Bewegungen und Netzwerken von Parlamentarier*innen. Die konvivialistische Bewegung hat in zwölf Jahren Bemerkenswertes geleistet: Sie hat eine Sprache geschaffen, die verbindet, ohne zu vereinheitlichen. Jetzt, angesichts des *Dritten Manifests*, stellt sich die Frage der Vertiefung – und wir glauben, dass diese Vertiefung auch die Frage des Friedens einschließen sollte.

Die Friedensdimension ist keine Ergänzung von außen. Denn der Konvivialismus zielt von Anfang an auf etwas, das auch der Friedensforschung ein Anliegen ist: die Überwindung jener Gewalt, die entsteht, wenn Rivalität die Kooperation ersetzt, wenn *Hybris* den Respekt verweigert, wenn Angst die Offenheit verdrängt. Frieden in diesem Sinne ist nicht das Ende von Konflikten – er ist ihre zivilisierte Form. Wir hoffen, mit diesem Nachwort einen Beitrag zu dieser Thematik geleistet zu haben.

Literatur

Die Manifeste und ihr Umfeld (chronologisch)

Caillé, Alain (2011): Pour un Manifeste du Convivialisme, Bordeaux: Le Bord de l'Eau.

Caillé, Alain/Humbert, Marc/Latouche, Serge/Viveret, Patrick (2011): De la convivialité. Dialogues sur la société conviviale à venir, Paris: La Découverte.

Manifeste Convivialiste. Déclaration d'interdépendance (2013), Bordeaux: Le Bord de l'Eau.

Les Convivialistes (2014): Das konvivialistische Manifest. Für eine neue Kunst des Zusammenlebens, Bielefeld: transcript.

Adloff, Frank (2014): »Es gibt schon ein richtiges Leben im falschen.« Konvivialismus – zum Hintergrund einer Debatte«, in: Les Convivialistes (2014): Das konvivialistische Manifest: Für eine neue Kunst des Zusammenlebens, Bielefeld: transcript, 7–31.

Adloff, Frank/Heins, Volker M. (Hg.) (2015): Konvivialismus. Eine Debatte, Bielefeld: transcript.

Humbert, Marc (2018): Le convivialisme et la paix. Vortrag am International Peace Research Institute Meiji Gakuin (PRIME), Meiji Gakuin University, Japan. <https://www.altersocietal.org/documents/convivial/princ/MH-259-convivialisme-paix-2018-pdfppt.pdf>

Internationale Convivialiste (2020): Second Manifeste Convivialiste. Pour un monde *post*-néolibéral, Arles: Actes Sud.

Die konvivialistische Internationale (2020): Das zweite konvivialistische Manifest: Für eine *post*-neoliberale Welt, Bielefeld: transcript.

Adloff, Frank/Costa, Sérgio (2020): Konvivialismus 2.0: Ein Nachwort, in: Die konvivialistische Internationale (2020): Das zweite konvivialistische Manifest: Für eine *post*-neoliberale Welt, Bielefeld: transcript, 119–140.

Les Convivialistes (2025): Convivialisme ou barbarie. Le Nouveau Manifeste convivialiste, Bordeaux: Le Bord de l'Eau.

Andere Literatur (alphabetisch)

ACP (2021): Homeland Earth. A Manifesto for Planetary Solidarity. <https://www.aspr.ac.at/bildung-training/aspr-kampagnen/heimatland-erde/heimatland-erde-neu/manifest-heimatland-erde#/>

Adloff, Frank (2025): Wirkliches und Mögliches in der Klimakrise. Perspektiven der Sozialwissenschaften im ökologischen Wandel, Bielefeld: transcript.

Costa, Sérgio (2019): »The Neglected Nexus between Conviviality and Inequality«, in: The Mecila Working Paper Series, No. 17, São Paulo: The Maria Sibylla Merian International Centre for Advanced Studies in the Humanities and Social Sciences Conviviality-Inequality in Latin America.

- Graf, Wilfried/Wintersteiner, Werner (2016): »Friedensforschung. Grundlagen und Perspektiven«, in: Gertraud Dendorfer/Blanka Bellak/Anton Pelinka/Werner Wintersteiner (Hg.): Friedensforschung – Konfliktforschung – Demokratieforschung, Ein Handbuch, Wien: Böhlau, 35–86.
- Illich, Ivan (1972): »Inverser les institutions«, in: *Esprit*, Nouvelle Série, No. 412 (3), 324–366.
- Illich, Ivan (1973): *La Convivialité*, Paris: Points.
- Kurki, Milja (2020): *International Relations in a Relational Universe*, Oxford: Oxford University Press.
- Morin, Edgar/Kern, Anne Brigitte (1999/2023): *Heimatland Erde. Versuch einer planetarischen Politik*, Wien: Promedia.
- Paquot, Thierry (2022): *Demeure terrestre. La convivialité selon Ivan Illich*. <https://topophile.net/savoir/la-convivialite-selon-ivan-illich/?highlight=%20Illich>
- Reardon, Betty A. (1985): *Sexism and the War System*, New York: Teachers College Press.
- Wintersteiner, Werner/Graf, Wilfried (2021): »Nos finalités terrestres: pour un optimisme éclairé«, in: Alfredo Pena-Vega (s.l.d.d.), *L'Avenir de Terre-Patrie*, Cheminer avec Edgar Morin, Arles: Actes Sud, 149–157.

Die Autoren

Wilfried Graf, Dr. phil., studierte Soziologie und Pädagogik und war von 1983 bis 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter am *Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung* (heute ACP) auf Burg Schlaining. Von 2006 bis 2011 war er Senior Researcher am *Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie (IRKS)* in Wien. 2005 gründete er gemeinsam mit Gudrun Kramer das *Herbert C. Kelman Institute for Interactive Conflict Transformation (HKI)* in Wien, das er seither als Co-Direktor leitet. Von 2011 bis zu seiner Pensionierung 2017 war er Senior Researcher am *Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik* der Universität Klagenfurt; seit 2017 ist er Senior Research Fellow am *Institut für Rechtswissenschaftliche Grundlagen* (Fachbereich *Global Governance*) der Universität Graz. Als Forscher, Trainer und Konfliktberater umfassen seine regionalen Arbeitsschwerpunkte u. a. den Nahen Osten/Westasien (seit 2006), Österreich/Kärnten und Slowenien (seit 2006) sowie Sri Lanka (2002–2010). Für seinen Beitrag zur Transformation des Kärntner Ortstafelkonflikts wurde er 2023 mit dem Ehrenzeichen des Landes Kärnten ausgezeichnet.

Website: <https://www.kelmaninstitute.org/>

Werner Wintersteiner, Dr. phil., Universitätsprofessor i. R. der Alpen-Adria Universität Klagenfurt (AAU); Friedensforscher, Friedenspädagoge und Deutschdidaktiker, Gründer und

ehemaliger Leiter des *Zentrums für Friedensforschung und Friedensbildung* an der AAU; Mitglied im Leitungsteam des Master-Lehrgangs »Global Citizenship Education« an der AAU; Mitglied im Board des *Herbert C. Kelman Institute for Interactive Conflict Transformation*. Arbeitsschwerpunkte: Literatur, Politik und Frieden; (kulturwissenschaftliche) Friedensforschung; Erinnerungskultur und Frieden in der Alpen-Adria-Region; Friedenspädagogik und Global Citizenship Education sowie (transkulturelle) literarische Bildung. Zahlreiche Preise, darunter Erhard-Friedrich-Preis für Deutschdidaktik (2010); Österreichischer Sustainability Award (2018) und GENE Award (2021) für den Universitätslehrgang »Global Citizenship Education«; Großes Ehrenzeichen des Landes Kärnten für wissenschaftliche Friedensarbeit (2023). Neueste Buchpublikation: W. Wintersteiner (Hg.): *Mehr Sicherheit ohne Waffen. Zur Aktualität von Hans Thirrings Friedensplan* (Promedia 2025).

Website: <https://wernerwintersteiner.at/>

